



www.MinisterieVanPropaganda.org

**DER STAATSRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK**



Der Deutsche Friedensplan

DER STAATSRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

Der Deutsche Friedensplan

mit dem Appell an alle Deutschen in Ost und West
und der Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik,

Walter Ulbricht,

in der Sitzung der Volkskammer

am 6. Juli 1961

SCHRIFTENREIHE DES STAATSRATES
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
NUMMER 13/1961

Der Deutsche Friedensplan,

beschlossen von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am 6. Juli 1961

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik stimmt der Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates über den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten und der Lösung der Westberlinfrage zu.

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik erklärt im Bewußtsein ihrer nationalen Verantwortung:

Zur Abwendung der ernstesten Atomkriegsgefahr von Deutschland und der Welt sowie zur Sicherung einer friedlichen Zukunft für das deutsche Volk ist der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zur unaufschiebbaren Notwendigkeit geworden. 16 Jahre nach Beendigung des zweiten Weltkrieges ist die Beseitigung aller seiner Überreste für das deutsche Volk ein Gebot der nationalen Selbsterhaltung. Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik erklärt deshalb den Abschluß eines einheitlichen Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten als die alles überragende Aufgabe des deutschen Volkes. Falls der Abschluß eines solchen Friedensvertrages am Widerstand der Regierungen der Westmächte und Westdeutschlands scheitern sollte, wird die Deutsche Demokratische Republik mit allen Staaten der Anti-Hitler-Koalition den Friedensvertrag schließen, die auf der Friedenskonferenz dazu bereit sind.

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt die Vorschläge für den unverzüglichen Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland und die Regelung des Westberlinproblems, die der Ministerpräsident der Sowjetunion, N. S. Chruschtschow, dem Präsidenten der USA, J. F. Kennedy, bei der Wiener Begegnung unterbreitete. Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik sieht in der Empfehlung des sowjetischen Memorandums, nach der die vier Mächte von vornherein erklären sollen, daß sie jede Vereinbarung anerkennen, die von den beiden deutschen Staaten gemeinsam in den Fragen getroffen

VEB Deutscher Zentralverlag - Berlin 1961 - ES 4 B 4

VLN 4 · Druckgenehmigung 185.161/61 DDR Wl./Lekt. Ja.

Satz und Druck: (140) Neues Deutschland, Berlin N 54 · 200 VII. 61 4543

wird, die eine Friedensregelung mit Deutschland und die Wiedervereinigung betreffen, eine historische Chance für die deutsche Nation.

In dieser Stunde sind die Deutschen aufgerufen, in ihrer ureigensten deutschen Sache des Friedens und der Wiedervereinigung selber zu handeln. In Erfüllung ihrer nationalen Pflicht beschließt die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik den Deutschen Friedensplan, den sie der Regierung und dem Bundestag Westdeutschlands und dem deutschen Volk in beiden deutschen Staaten unterbreitet.

Bildung einer Deutschen Friedenskommission

Die Regierungen der beiden deutschen Staaten verständigen sich sofort über die Bildung einer Deutschen Friedenskommission aus Vertretern des Parlaments und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik. Vordringlichste Aufgabe der Deutschen Friedenskommission ist es, Verhandlungen zu führen und sich zu verständigen

über die Ausarbeitung von deutschen Vorschlägen zum Friedensvertrag;

über ein Abkommen des guten Willens, das darauf gerichtet ist, das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten sofort zu verbessern.

Abkommen des guten Willens

Das von der Deutschen Friedenskommission vorzubereitende Abkommen des guten Willens, das den beiden deutschen Regierungen und Parlamenten zum Abschluß empfohlen werden sollte, könnte zum Inhalt haben:

1. Beide deutsche Staaten vereinbaren den Verzicht auf die atomare Bewaffnung ihrer Streitkräfte und einen sofortigen Rüstungsstopp.

2. Beide deutsche Staaten verständigen sich bis zum Abschluß eines Abrüstungsabkommens über Stärke, Bewaffnung und Standorte ihrer bewaffneten Streitkräfte.

3. Beide deutsche Staaten lassen auf ihrem Territorium keinerlei Kriegs- und Revanchepropaganda zu.

4. Beide deutsche Staaten betrachten die Entscheidung über die Gesellschaftsordnung als einen Akt der Selbstbestimmung der Be-

völkerung der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik. Sie übernehmen die Verpflichtung, sich nicht in Fragen der sozialen Ordnung des anderen deutschen Staates einzumischen.

5. Beide deutsche Staaten treten für den Abschluß eines Nichtangriffsvertrages zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages und den Staaten der NATO und für die Bildung einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa ein.

6. Beide deutsche Staaten verpflichten sich zu Maßnahmen, die der Erweiterung des Handels zwischen ihnen dienen. Sie vereinbaren den Ausbau der kulturellen und sportlichen Beziehungen zwischen ihren Bürgern und Institutionen und treffen Maßnahmen zur Erleichterung und Verbesserung des Reiseverkehrs.

In der Friedenskommission soll der Grundsatz gelten, daß keine Seite der anderen ihren Willen aufzwingt, sondern Schritt für Schritt eine Verständigung erreicht wird.

Das gilt auch vordringlich für die Ausarbeitung von deutschen Vorschlägen zu einem Friedensvertrag, die darauf gerichtet sein müssen, den unverzüglichen Abschluß eines Friedensvertrages zu erleichtern und den Weg zur friedlichen Lösung der deutschen Frage frei zu machen.

Deutsche Vorschläge für einen Friedensvertrag

Die wichtigste Aufgabe des deutschen Friedensvertrages ist es, einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung eines dauerhaften Friedens auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen zu leisten. Der Friedensvertrag muß verhindern, daß jemals wieder von Deutschland ein Krieg ausgeht. Er muß dem deutschen Volke für immer Frieden und volle Gleichberechtigung in der Familie der Völker sichern. Daher sollten deutsche Vorschläge für einen Friedensvertrag umfassen:

1. Die beiden deutschen Staaten verpflichten sich, in den internationalen Beziehungen auf jegliche Drohung mit Gewalt oder Gewaltanwendung zu verzichten, internationale Streitigkeiten nur mit friedlichen Mitteln zu lösen und aktiv bei der Gestaltung des friedlichen Zusammenlebens der Völker und Staaten mitzuwirken.

2. Die beiden deutschen Staaten treten für die Schaffung eines militärisch neutralen Deutschlands ein. Die Hauptmächte der Anti-Hitler-Koalition übernehmen die Garantie für die Unverletzlichkeit dieser Neutralität. Die Stärke, Bewaffnung und Sta-

tionierung der zur Verteidigung erforderlichen Streitkräfte der beiden deutschen Staaten werden festgelegt. Sie verzichten auf die Bewaffnung ihrer Streitkräfte mit Atomwaffen und unterstützen die allgemeine und vollständige Abrüstung.

3. Die beiden deutschen Staaten und die anderen Friedensvertragspartner bestätigen die bestehenden deutschen Grenzen. Die Unverletzlichkeit des Hoheitsgebietes der beiden deutschen Staaten wird garantiert.

4. Jegliche Kriegs- und Revanchepropaganda ist untersagt. Alle nazistischen, militaristischen und revanchistischen Organisationen und Verbände sind verboten. Personen, die Verbrechen gegen den Frieden, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen begangen haben, dürfen nicht in leitenden Ämtern im öffentlichen Leben tätig sein.

5. Die Partner des Friedensvertrages erkennen die volle Souveränität und Selbstbestimmung des deutschen Volkes an, darunter auch das Recht, nach eigenem Ermessen und ohne fremde Einmischung den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebender Staat zu beschreiten.

6. Die Partner des Friedensvertrages unterstützen den Anspruch des deutschen Volkes auf gleichberechtigte Mitarbeit in der UNO und anderen Organisationen. Bis zur Wiedervereinigung Deutschlands unterstützen sie die Aufnahme beider deutscher Staaten in die Vereinten Nationen.

7. Den beiden deutschen Staaten wird die volle Freiheit für die Entwicklung der Friedenswirtschaft, für die Seeschifffahrt und der Zugang zu den Weltmärkten gewährleistet.

Regelung der Westberlinfrage

Auf der Grundlage des Friedensvertrages findet auch die Westberlinfrage ihre Regelung. Der Friedensvertrag legt fest, daß Westberlin bis zur Wiedervereinigung Deutschlands den Status einer neutralen Freien Stadt erhält.

Von der entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin darf keinerlei Spionage-, Diversions- und Unterminierungstätigkeit sowie feindliche Propaganda gegen andere Staaten ausgehen. Jede Form der Kriegshetze und Tätigkeit militaristischer und faschistischer Organisationen ist untersagt.

Den Bewohnern Westberlins wird die Unverletzlichkeit des Status der neutralen Freien Stadt und die Entscheidung über ihre

inneren und äußeren Angelegenheiten gewährleistet. Die Verbindungen der neutralen Freien Stadt werden auf der Grundlage entsprechender Vereinbarungen mit der Deutschen Demokratischen Republik garantiert.

Deutsche Konföderation

Der Friedensvertrag sichert den Frieden und öffnet den Weg zur deutschen Wiedervereinigung, der angesichts der Existenz zweier deutscher Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung nur über die Bildung einer Konföderation führt. Ihr Ziel ist die Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz, um das weitere Auseinanderleben der deutschen Nation zu verhindern und die Voraussetzungen für ihre Wiedervereinigung in einem friedliebenden, demokratischen und neutralen Staat zu schaffen.

Die Körperschaften der deutschen Konföderation beraten und beschließen Empfehlungen an die beiden deutschen Regierungen.

Zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa, zur Annäherung der beiden deutschen Staaten und ihrer friedlichen Vereinigung empfehlen sie unter anderem Maßnahmen zu folgenden Fragen:

1. Erfüllung der Bestimmungen des Friedensvertrages in ganz Deutschland.

2. Stufenweiser Abbau der sich aus der Zugehörigkeit beider deutscher Staaten zu Militärgruppierungen ergebenden Verpflichtungen, Ausscheiden aus diesen Militärbündnissen, Abzug der ausländischen Truppen und Auflösung ihrer Stützpunkte.

3. Vereinbarung der militärischen Neutralität beider deutscher Staaten als Grundlage für das spätere militärisch neutrale einheitliche Deutschland.

4. Zuendeführung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung der beiden deutschen Staaten als deutscher Beitrag zur Weltabrüstung.

5. Gestaltung der außenpolitischen Beziehungen der beiden deutschen Staaten entsprechend den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen. Mitgliedschaft der beiden deutschen Staaten oder ihrer Konföderation in internationalen Organisationen und Konventionen, Verständigung über alle Fragen, die sich aus der Zugehörigkeit beider deutscher Staaten zu internationalen wirtschaftlichen Vereinigungen ergeben.

6. Gewährleistung von Hilfe an wirtschaftlich schwach entwickelte Länder unter Ablehnung jeglicher Form des Kolonialismus.

7. Ausbau der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten auf dem Gebiet der Wirtschaft und des Handels, der Kultur, Wissenschaft und Technik und des Sports; Schaffung der Bedingungen für den ungehinderten Reiseverkehr.

8. Vorbereitung einer demokratischen Verfassung des einheitlichen deutschen Staates, in dem der Dienst am Frieden erste Bürgerpflicht ist. Vorbereitung und Durchführung von allgemeinen, freien und geheimen demokratischen Wahlen zum gesamtdeutschen Parlament in ganz Deutschland.

9. Bildung der gesamtdeutschen Regierung eines friedliebenden, neutralen und demokratischen deutschen Staates mit Berlin als Hauptstadt.

Der Friedensplan des deutschen Volkes weist den Weg in eine friedliche und glückliche Zukunft Deutschlands.

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik hält es für ein Gebot der Wahrhaftigkeit, das ganze deutsche Volk darauf hinzuweisen, daß der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands nur durch die Überwindung des in Westdeutschland wiedererstandenen deutschen Revanchismus und Militarismus freigelegt werden kann. Die Sicherung der friedlichen Zukunft der deutschen Nation erfordert die weitere Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik, des sicheren Hortes des Friedens und der Sicherheit in Deutschland.

Jeder gutwillige Deutsche im Osten und Westen unserer Heimat hat die nationale Pflicht, alles in seinen Kräften Stehende zu tun, damit der Deutsche Friedensplan Wirklichkeit wird.

Appell an alle Deutschen in Ost und West,

verabschiedet von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am 6. Juli 1961

Das Lebensinteresse des deutschen Volkes erfordert die Sicherung des Friedens. Sechzehn Jahre nach dem Krieg hat unser Volk noch keinen Friedensvertrag. Die tiefe Sorge um die Erhaltung des Friedens und das Schicksal der Nation hat den Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik veranlaßt, sich am 28. Juni 1961 mit folgendem Telegramm an den Bonner Bundestag und die Regierung der Deutschen Bundesrepublik zu wenden:

„Getragen von der Sorge um die Zukunft der deutschen Nation, entschlossen, zur Sicherung des Friedens in Deutschland und Europa und dadurch zur Wiedervereinigung Deutschlands beizutragen, wendet sich der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik an den Deutschen Bundestag und an die Regierung der Deutschen Bundesrepublik mit der Aufforderung, unverzüglich der Einleitung von Verhandlungen zwischen Vertretern beider deutscher Staaten über eine Friedensregelung mit Deutschland und Fragen der Wiedervereinigung zuzustimmen.

Eine historische Chance für die deutsche Nation gilt es wahrzunehmen! Nach dem Vorschlag der Sowjetunion sollen die vier Mächte von vornherein erklären, daß sie jede Vereinbarung über eine Friedensregelung und Fragen der Wiedervereinigung, die von den Deutschen getroffen wird, anerkennen. Dadurch können wir gemeinsam sichern, daß im Friedensvertrag die nationalen Interessen des deutschen Volkes gewahrt werden.

Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik appelliert an den Deutschen Bundestag und an die Regierung der Deutschen Bundesrepublik, nicht wieder eine große Chance für

unsere Nation leichtfertig zu verspielen, wie es leider allzuoft in der Geschichte Deutschlands zum Unglück unseres deutschen Volkes geschehen ist.

Der Staatsrat
der Deutschen Demokratischen Republik
gez.: Walter Ulbricht
Vorsitzender.“

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik ist einhellig der Meinung, daß die Beratungen der Vertreter der beiden deutschen Regierungen zur Herstellung normaler friedlicher Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten beitragen und damit den Weg zur deutschen Wiedervereinigung erleichtern. Davon ausgehend, hat die Volkskammer den Deutschen Friedensplan beschlossen, den sie der Regierung und dem Bundestag Westdeutschlands und dem deutschen Volk in beiden deutschen Staaten unterbreitet.

Es ist höchste Zeit, daß durch Verständigung der Deutschen die Atomrüstung sofort gestoppt wird, daß sich beide deutsche Staaten darüber verständigen, wie die allgemeine Abrüstung in Deutschland begonnen werden kann, daß sie ein Abkommen über den Verzicht auf gegenseitige Gewaltanwendungen und die Nicht-einmischung in die inneren Angelegenheiten vereinbaren. Der Friedensvertrag würde sichern, daß niemals mehr von deutschem Boden ein Krieg ausgehen, daß niemals mehr Deutschland in einen Krieg hineingerissen werden kann.

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik ruft alle Deutschen und besonders die Deutschen im Westen unserer Heimat auf: Setzt Euren Friedenswillen durch!

Fordert von der westdeutschen Regierung, gemeinsame Beratungen von Vertretern beider deutscher Staaten über deutsche Vorschläge für die Ausarbeitung und den Abschluß des Friedensvertrages, über die Herstellung normaler friedlicher Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten und über Fragen der Wiedervereinigung aufzunehmen.

Die Zeit ist überreif, um den Schlußstrich unter den zweiten Weltkrieg zu ziehen und seine gefährlichen Überreste durch den Friedensvertrag zu beseitigen, ehe aus der noch glimmenden Asche des zweiten Weltkrieges die Flammen eines dritten Weltkrieges emporschlagen.

Die Lage in Deutschland und in der Welt hat sich grundlegend gewandelt. Die Kräfte des Friedens sind heute stark genug, um die Aggressoren zu zügeln. Das friedliebende deutsche Volk hat die Kraft, den Frieden in Deutschland zu bewahren, wenn es seine Anstrengungen vereint im Kampfe

für den unverzüglichen Abschluß des Friedensvertrages, durch den auch die Westberlinfrage gelöst wird,
für die Bändigung des Militarismus,
für ein neutrales und friedliebendes demokratisches Deutschland,
für die glückliche Zukunft der Nation!

Über den Deutschen Friedensplan

Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, in der Sitzung der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am 6. Juli 1961

Verehrte Abgeordnete der Volkskammer! Liebe Freunde!

Der Volkskammer liegen zwei wichtige Dokumente zur Beschlußfassung vor: der Deutsche Friedensplan, der unser Beitrag sein soll zur Sicherung des Friedens in Deutschland und in Europa und zur Lösung anderer nationaler Fragen des deutschen Volkes, und ein Appell an alle Deutschen in Ost und West.

Es geht um den längst fälligen Friedensvertrag mit den beiden deutschen Staaten, es geht um die friedliche und vernünftige Regelung der Westberlinfrage. Der Deutsche Friedensplan enthält den Vorschlag, eine deutsche Friedenskommission aus Vertretern der Parlamente und der Regierungen der beiden deutschen Staaten zu bilden, zur Ausarbeitung von deutschen Vorschlägen zum Friedensvertrag und zur Vereinbarung eines Abkommens des guten Willens, das dem Zwecke dient, das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten unverzüglich zu verbessern.

Unsere Vorschläge zu einem Friedensvertrag gehen aus von den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen. Durch den Friedensvertrag soll verhindert werden, daß jemals wieder von Deutschland ein Krieg ausgeht.

Der Friedensvertrag soll dem deutschen Volke für immer Frieden und volle Gleichberechtigung in der Familie der Völker sichern. Auf der Grundlage des Friedensvertrages soll auch die Westberlinfrage eine friedliche Regelung finden, indem Westberlin bis zur Wiedervereinigung Deutschlands den Status einer neutralen Freien Stadt erhält. Unsere Vorschläge zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa und zur Annäherung der beiden deutschen Staaten und ihrer friedlichen Wiedervereinigung entsprechen den friedlichen Interessen unseres ganzen Volkes. Wir sind überzeugt, daß der Friedensvertrag auch den Weg öffnet zur Wie-

dervereinigung der beiden deutschen Staaten, die bei der gegebenen Lage nur möglich ist über die Bildung einer Konföderation.

Dieser unser Friedensplan, diese unsere Vorschläge dienen einzig und allein dem Frieden, dem Frieden für unser deutsches Volk, dem Frieden für die Nachbarvölker in Europa, dem Frieden für alle Völker der Welt. Kein Volk soll geschädigt, niemandes Ehre und Würde angetastet, niemandem Unmögliches zugemutet werden. Alle sollen davon Nutzen haben. Das ist der Kern unseres Friedensplanes, mit dem wir uns heute an das deutsche Volk und an die Völker der Welt wenden.

Seit dem Wiener Treffen des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow mit dem amerikanischen Präsidenten Kennedy stehen der Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten und die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit. Das ist auch nicht erstaunlich: Es geht schließlich um nicht mehr und nicht weniger als um die Sicherung des durch den westdeutschen Militarismus bedrohten Friedens, um die endgültige Liquidierung der Überreste des zweiten Weltkrieges, um Sicherungen, daß nie wieder der Frieden von deutschem Boden aus bedroht werden kann.

Ministerpräsident Chruschtschow hat dem amerikanischen Präsidenten das bekannte Memorandum zu diesen Fragen überreicht. Ich glaube feststellen zu können, daß die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und ihre gewählte und repräsentative Vertretung, die Volkskammer, die Vorschläge des Memorandums unterstützen und entschlossen sind, den hier vorgeschlagenen Weg der Sicherung des Friedens zu gehen, ohne zu zögern und ohne Anstrengungen und vielleicht auch vorübergehende Opfer zu scheuen. Die Volkskammer wird darüber noch zu beschließen haben.

**Abschluß eines Friedensvertrages steht
vordringlich auf der Tagesordnung der Geschichte**

Daß es unerträglich ist, heute, 16 Jahre nach Beendigung des zweiten Weltkrieges, noch immer auf einen Friedensvertrag warten zu müssen, das sagen nicht nur wir. Bereits 1946 schlug die Sowjetregierung im Sinne des Potsdamer Abkommens die Ausarbeitung eines Friedensvertrages mit Deutschland vor. Auch Herr Adenauer äußerte damals dieselbe Meinung: „Wir haben noch immer keinen Frieden, obwohl die bedingungslose Kapitulation

schon vor Jahresfrist erfolgt ist.“ So sagte Herr Adenauer am 31. Mai 1946. Und er fuhr fort: „Ich glaube nicht, daß sich in der Weltgeschichte jemals etwas Derartiges ereignet hat. Nicht einmal Friedensvertragsverhandlungen sind bis jetzt vorgesehen.“

Es erschien Herrn Adenauer also als unmöglich, daß ein Jahr nach Kriegsende noch nicht einmal Friedensvertragsverhandlungen im Gange waren. Um wieviel unmöglicher müssen wir es heute empfinden, daß 16 Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation des Hitler-Regimes der Friedensvertrag noch aussteht. **(Zurufe: „Sehr wahr!“)** Um einen solchen anomalen Zustand, der sehr gefährlich zu werden droht, zu beenden, ist der Abschluß des Friedensvertrages und die friedliche Lösung der Westberlinfrage 1961 endgültig auf die Tagesordnung der Geschichte gesetzt.

Es muß und wird verhandelt werden

Die Diskussion in der Weltöffentlichkeit wird gegenwärtig leidenschaftlich, zum Teil erbittert geführt. Es gibt natürlicherweise sehr verschiedene Ansichten. Wenn man von Bonn einschließlich seiner sozialdemokratischen Trommler des Krieges absieht, die ihre Sache auf Schießen und nicht auf Verhandeln gestellt haben, setzt sich in der Weltöffentlichkeit immer stärker die Auffassung durch, daß es weit besser ist zu verhandeln, als zu schießen. **Es ist in der Tat höchste Zeit zu verhindern, daß aus den Überresten des zweiten Weltkrieges die Flammen eines dritten emporlodern. Es wird also nicht geschossen, sondern es wird verhandelt werden! (Beifall)** Das möchte ich vor allem jenen unter unseren westdeutschen Landsleuten sagen, die sich durch das Geschrei und die Kriegsdrohungen der westdeutschen Militaristen und Ultras haben erschrecken lassen. Es wird verhandelt werden! Alles wird friedlich zugehen. Nichts anderes ist vorgeschlagen. Wir werden niemals unfriedliche Mittel anwenden, wenn wir nicht angegriffen werden.

Es wird – davon bin ich überzeugt – zu einer Vereinbarung und Regelung kommen. Dabei ist völlig klar, daß wir nicht an Verhandlungen interessiert sind, die – wie manche Leute im Westen es möchten – nur dem Zweck dienen sollen, die längst fälligen Entscheidungen erneut auf unabsehbare Zeit hinauszuschieben.

Ich glaube, es kann uns niemand übelnehmen, daß wir nicht an Verhandlungen interessiert sind, die um des Zeitgewinns willen geführt werden und nicht um die Probleme zu lösen – und zwar

möglichst schnell zu lösen. Es handelt sich schließlich um den Friedensvertrag und die friedliche Lösung der Westberlinfrage, um Dinge also, die, wie Ministerpräsident Chruschtschow feststellte, einfach keinen Aufschub mehr vertragen.

Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik hat sich – wie Sie wissen – mit dem dringenden Ersuchen an den westdeutschen Bundestag und die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik gewandt, unverzüglich der Einleitung von Verhandlungen zwischen Vertretern beider deutscher Staaten über eine Friedensregelung mit Deutschland und Fragen der Wiedervereinigung zuzustimmen.

Der Staatsrat hat dabei an den westdeutschen Bundestag und an die westdeutsche Regierung appelliert, nicht wieder eine große Chance für unsere Nation leichtfertig zu verspielen, wie es leider allzuoft in der Geschichte Deutschlands zum Unglück unseres deutschen Volkes geschehen ist. Es gilt in der Tat eine historische Chance für die Nation wahrzunehmen! **(Beifall)**

Ist es richtig, so werden vielleicht auch manche von Ihnen fragen, daß wir uns noch einmal so eindringlich an die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik wenden. Ich weiß: Viele Bürger der Deutschen Demokratischen Republik haben es gründlich satt, immer wieder mitzerleben, wie unsere Friedens- und Verständigungsangebote von den herrschenden Kreisen in Bonn mit Drohungen und Beschimpfungen beantwortet werden.

Wir verstehen recht gut die Ungeduld und die Empörung der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik. Aber es geht hier um den Frieden und die Zukunft der deutschen Nation. Und da dürfen wir keine Mühe scheuen. Wir dürfen keinen Versuch unterlassen und niemals die Hoffnung aufgeben, trotz allem zu einer Verständigung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der westdeutschen Bundesrepublik über einen Friedensvertrag zu gelangen, um so den westdeutschen Militarismus zu bändigen und den Weg frei zu machen für eine Annäherung der beiden deutschen Staaten, für ihre Zusammenarbeit im Rahmen einer deutschen Konföderation. Und ich möchte auch heute noch nicht die Hoffnung aufgeben, daß eines Tages verantwortliche Persönlichkeiten in Bonn doch noch den Mut finden werden, einen Beitrag zur Sicherung des Friedens in Deutschland und in Europa zu leisten.

Das dritte Reich wurde nicht zerschlagen, um ein viertes Reich zu errichten

Vorerst allerdings sieht es in dieser Beziehung sehr trübe aus. Vor dem westdeutschen Bundestag, der sich auflöste, ohne eine Aussprache über die brennendsten Fragen der deutschen Nation zu gestatten, die heute die ganze Welt beschäftigen, hat der Präsident des westdeutschen Bundestages, Herr Gerstenmaier, eine – wie es heißt – auch mit der SPD und anderen Parteien abgestimmte Erklärung abgegeben. In ihr wird eine Verständigung der beiden deutschen Staaten in alter unversöhnlicher und blinder Sturheit mit Berufung auf die Pariser Kriegsverträge erneut abgelehnt. Möge das deutsche Volk selbst den Vergleich ziehen zwischen dem deutschen Friedensplan unserer Volkskammer und der Erklärung im westdeutschen Bundestag. Bei der Abfassung seiner Erklärung stand Herr Gerstenmaier offenkundig unter dem Einfluß seiner eigenen Vergangenheit. Seine Argumente erinnern an die Argumente der Hitler-Regierung im Reichstag. So wie Hitler beschuldigt er andere Staaten der Rüstung, um die eigene Rüstung zu verschleiern. So wie Hitler stellt er Revancheforderungen, d. h. Änderung der Ostgrenze. Im Sinne Hitlers versucht er mit der Propaganda des Antikommunismus die Bevölkerung gegen die sozialistischen Staaten zu hetzen. Anstelle eines Friedensvertrages, der sichern würde, daß niemals wieder von deutschem Boden aus ein Krieg die Welt bedrohen kann, vertritt Herr Gerstenmaier die Forderung, daß zunächst der militärische und politische Status des künftigen Gesamtdeutschlands festgelegt werden müsse. Wir haben nichts gegen die Festlegung eines militärisch neutralen und politisch friedlichen und demokratischen Status Gesamtdeutschlands. Das soll ja auch der Friedensvertrag festlegen. Aber Herr Gerstenmaier hat etwas ganz anderes im Sinn. Der in Westdeutschland wieder zur Macht gelangte Militarismus soll in der Macht bestätigt und durch Gewalt oder Majorisierung mittels sogenannter freier Wahlen seine Herrschaft über ganz Deutschland ausdehnen. Auch der politische Status der Herrschaft des Monopolkapitals über Westdeutschland soll bestätigt und auf ganz Deutschland ausgedehnt werden. Bleiben sollen also die Hitler-Generale an der Spitze der Bundeswehr und in führenden Stellen der NATO, bleiben sollen die Globkes, bleiben sollen die Tausende von Blutrictern und beamteten Schergen der blutbesudelten Hitler-Diktatur.

Das Adenauer-Regime möchte sicherstellen, daß die Herrschaft des westdeutschen Militarismus erhalten bleibt und zunächst bis zur Oder-Neiße ausgedehnt wird, daß dafür sozusagen internationale Garantien durch Mächte der Anti-Hitler-Koalition gegeben werden. Erst dann seien die Regierenden in Bonn freundlicherweise bereit, über den eigentlichen Friedensvertrag zu sprechen. Sie treten also so auf, als ob Hitler-Deutschland den zweiten Weltkrieg niemals angezettelt und niemals verloren hätte. (Zuruf: „Sehr richtig!“)

Das sind doch törichte Illusionen, plumpe und durchsichtige Betrugsmanöver. Das, was Herr Gerstenmaier vor dem Bundestag forderte, widerspricht den Grundsätzen des Potsdamer Abkommens, der Anti-Hitler-Koalition, widerspricht den nationalen Interessen des deutschen Volkes wie der anderen Völker, den Interessen des Friedens in Europa und in der Welt und nicht zuletzt auch der einfachen menschlichen Vernunft. Es geht nicht darum, die Herrschaft des Militarismus und der faschistischen Ultras in Westdeutschland zu garantieren, ihr Kriegspotential durch Einverleibung des Potentials der DDR zu erhöhen. Diese Leute sind es ja, die den Frieden gefährden. Das Naziregime wurde nicht deshalb geschlagen, um seinen Nachfolgern zu gestatten, nach einiger Zeit die faschistische Herrschaft zu restaurieren und über ganz Deutschland auszudehnen. Das tausendjährige dritte Reich wurde ja nicht zerschlagen, damit seine Nachfolger ein viertes Reich errichten. (Beifall) Es geht also darum, die jeder Vernunft baren Revanchepolitiker, Hitler-Generale und Ultras und ihre Gesinnungsgenossen und Helfershelfer daran zu hindern, Europa in Brand zu stecken. Dann wird der Frieden gesichert, und auch die Verständigung der beiden deutschen Staaten über ihre Wiedervereinigung wird leichter möglich sein. Ohne diesen Kräften des Militarismus die Zwangsjacke anzulegen, ist jedes Bemühen um Wiedervereinigung hoffnungslos und unmöglich.

Wenn im westdeutschen Bundestag von Selbstbestimmung des deutschen Volkes gesprochen wurde, so wurde dabei vergessen, daß das erste Gesetz der demokratischen Selbstbestimmung die Sicherung des Friedens ist. (Starker Beifall) Selbstbestimmung heißt, die Vorbereitung eines Krieges und den Krieg selbst unter allen Umständen zu verhindern. Wenn also in Westdeutschland von Selbstbestimmung gesprochen wird, dann müßte zuerst die Bevölkerung die Möglichkeit haben, in Volksabstimmungen über die Frage der Atomrüstung, den Rüstungsstopp und die allgemeine

und vollständige Abrüstung zu entscheiden. Um zu verhindern, daß im westdeutschen Bundestag solche Fragen aufgerollt werden, wurde — natürlich mit begeisterter Zustimmung der Führer der SPD-Fraktion — jegliche Debatte verboten. Denn es gibt auch in Westdeutschland und auch im westdeutschen Bundestag friedliebende Kräfte, Menschen mit wachem nationalem Gewissen, die nicht gewillt sind, den geplanten Marsch der westdeutschen Militaristen und Ultras in eine neue Kriegskatastrophe mitzumachen.

Stimmen der Vernunft in Westdeutschland

Es gibt auch in Westdeutschland klardenkende Menschen, die offen aussprechen, daß für eine Politik, welche die Folgen des von Hitler begonnenen Krieges mit neuer Gewalt auslöschen wollte, die Geschichte keine Rechtfertigung, nicht einmal mildernde Umstände fände. Es sei für die Bonner Regierung unmöglich, immer und immer wieder den Abschluß eines Friedensvertrages zu hintertreiben mit der Begründung, ein Friedensvertrag könne nur mit einem vorher zustande gekommenen einheitlichen Deutschland abgeschlossen werden. Denn gerade die Entstehung dieses einheitlichen Deutschlands wurde und wird ja durch die Zugehörigkeit Westdeutschlands zur NATO, durch die Politik der westdeutschen Regierung und ihrer Bundesgenossen unmöglich gemacht.

Ein Krieg — so sagen verantwortungsbewußte Menschen in Westdeutschland — würde mit Sicherheit den endgültigen Untergang der Bundesrepublik besiegeln. Die westdeutschen herrschenden Kreise sollten also die Fahnen, die Fackeln, die Trommeln und die Fanfaren in der Requisitionskammer lassen. Sie seien höchstens geeignet, Westdeutschland auch bei seinen westlichen Verbündeten verdächtig zu machen. In Westdeutschland solle man sich doch nichts vormachen: De Gaulle habe die Oder-Neiße-Grenze längst anerkannt, und weder ein Engländer noch ein Amerikaner, noch ein Franzose würden die leiseste Möglichkeit eines Krieges riskieren, um die seit 16 Jahren bestehenden Grenzen zu ändern. Eine Politik des Illusionismus, die schon oft die Deutschen in ein nationales Unglück geführt habe, sei heute mehr denn je unvertretbar. Diejenigen müßten sie immer wieder ausbaden, die nicht rechtzeitig dagegen aufgestanden seien, weil sie sich „für Politik nicht interessierten“. Das könne nur ein böses Erwachen geben. Verbreitet ist auch Empörung darüber, daß einige Leute in Bonn mit der Atombombe rasseln, als handle es sich bei West-

deutschland um die Wüste Sahara, die Wüste von Nevada oder die Bikini-Atolls.

Zu Westberlin sagen einsichtige westdeutsche Politiker mit Recht: Die Freiheit Westberlins könne durchaus gewährleistet werden, allerdings ohne die Belastung seiner gefährdeten Situation durch Agentenzentralen, Propagandasender und deklamatorische Bundestagssitzungen. Herr Brandt wird vorgeworfen, er spiele mit dem Gedanken, mit Hilfe amerikanischer Wasserstoffbomben die angeblich bedrohte Freiheit Westberlins so zu verteidigen, daß kein Westberliner mehr am Leben bleibt. Wo gab es je einen Oberbürgermeister, der sich mit solchem Eifer Plänen widmete, deren Durchführung die völlige Zerstörung seiner Stadt bedeutete?

Das sind Stimmen der Vernunft, die die Regierung in Bonn nicht zum Schweigen bringen kann. Die Adenauer-Regierung und ihre freiwillig durch Dauerkniefall gleichgeschaltete „Opposition“ — von Herrn Adenauer leider nicht mit Unrecht als selbst für ihn zu „lahme Enten“ bezeichnet — haben also schon gewußt was sie taten, als sie im Bundestag eine Debatte nicht zuließen.

Natürlich hat Herr Gerstenmaier im westdeutschen Bundestag auch von der angeblichen Friedensliebe der westdeutschen Militaristen gesprochen. Das ist die Methode der deutschen Militaristen. Sie sind für den Frieden, bis sie die Zeit für gekommen halten, loszuschlagen. Diese Beteuerungen haben offensichtlich denselben Wert, den die Beteuerungen Hitlers hatten, wenn er vom Frieden und seiner Friedensliebe sprach.

In der gleichen Sitzung, in der die Erklärung Gerstenmaiers die Aussprache über Friedensvertrag und friedliche Lösung der Westberlinfrage verhinderte, wurde übrigens beschlossen, die erprobten Henker des Hitler-Regimes, die Angehörigen der SS-Einheiten und Sonderformationen, die wenigstens zehn Jahre lang für Hitler und die deutschen Militaristen gefoltert, gemordet und geplündert haben, zu rehabilitieren und sie mit hohen Pensionen und anderen Zahlungen sowie mit Übernahme in die westdeutsche Bundeswehr und in staatliche Stellungen zu belohnen. Die Vernichter von sechs Millionen Juden werden jetzt ebenfalls hohe Belohnungen erhalten. Man will diese Leute für ihre künftigen Aufgaben in guter Stimmung halten. **(Bewegung im Saal)**

Das ist nicht nur die pensionierte Unmenschlichkeit, sondern ein neuer Bruch des Potsdamer Abkommens und aller Vereinbarungen der Anti-Hitler-Koalition. Das zeigt, was die westdeutschen

Militaristen unter Festlegung des militärischen und politischen Status Gesamtdeutschlands verstehen. Auch die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik sollen – wenn es nach diesen Herren ginge – gezwungen werden, den SS-Bestien von Lidice und Oradour, den Henkern der faschistischen Konzentrationslager, hohe Pensionen und Belohnungen auszuzahlen und ihnen den Staatsapparat auszuliefern. Auch die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik sollen gezwungen werden, SS-Generale und die anderen Generale Hitlers, die an der Planung und Durchführung aller Verbrechen maßgeblich beteiligt waren, an die Spitze der bewaffneten Streitkräfte zu stellen. Auch die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik sollen dazu gezwungen werden, Leute wie Globke zu Staatssekretären zu machen und verurteilte Mörder und gewissenlose Revanchisten zu Staatsministern.

Steckt in solchen Forderungen nicht der ganze traditionelle arrogante Wahnwitz der deutschen Militaristen? Schon der Versuch ihrer Durchsetzung bedeutete Krieg. Eher wird Adenauer mit seinen Hitler-Generalen und SPD-Führern durch ein Nadelöhr gehen, als daß sie in die Deutsche Demokratische Republik eindringen könnten. (Heiterkeit, Beifall)

Die Bürger der DDR sind doch keine Narren! Wir können daher auch nur annehmen, daß Bonn mit solchen Forderungen von vornherein den Verhandlungen über einen Friedensvertrag auszuweichen wünscht. Auf der Tagesordnung der Geschichte steht bekanntlich nicht die Ausdehnung der Macht des Militarismus und der faschistischen Ultras, sondern die Bändigung der Militaristen in der westdeutschen Bundesrepublik.

Wenn die westdeutschen Militaristen heute schon verrückt spielen, wo sie mit ihren Kriegsrüstungen noch nicht fertig sind, wessen Würden sie morgen fähig sein? Wie würde das weitergehen, wenn wir den Dingen ihren Lauf ließen? (Zurufe: „Sehr richtig!“)

Es kann kein Zweifel daran bestehen:

Jede weitere Verzögerung des Abschlusses eines Friedensvertrages und der Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt ist eine wachsende Gefahr für das deutsche Volk, für die Völker der Sowjetunion, für das polnische Volk, für das tschechoslowakische Volk und für alle anderen Völker Europas, auch für die Bevölkerung der Vereinigten Staaten von Nordamerika. (Zurufe: „Sehr wahr!“)

Der Kriegsminister des Bonner Staates, Herr Strauß, ist nach seiner eigenen Ansicht mit seinen Kriegsvorbereitungen noch nicht

ganz fertig. Er benötigt dazu – wieder nach seiner eigenen Ansicht – noch einige Jahre. Dieser Herr Strauß ist – das müssen wir einmal ganz klar aussprechen – gemeingefährlich. Er gehört in eine Zwangsjacke, so wie die Göring, Himmler und Hitler rechtzeitig in eine Zwangsjacke hätten gesteckt werden müssen. (Starker Beifall)

Selbst westdeutsche bürgerliche Publikationen bescheinigen Herrn Strauß, daß er nach Krieg und Revanche giert, daß er keine Skrupel kennt und daß die westdeutsche Bevölkerung von ihm nur das Allerschlimmste zu erwarten hat. Ihm aber werden von den Westmächten die modernsten Waffen überantwortet und die Atomsprengköpfe in bequeme Reichweite gelagert. Sollen wir vielleicht so lange warten, bis dieser Militarist und Faschist vom Scheitel bis zur Sohle mit den Kriegsvorbereitungen fertig ist? Das wäre ein Verbrechen an der deutschen Nation. (Zustimmung)

Wann eigentlich – so frage ich – hätte Hitler unschädlich gemacht werden müssen, um dem deutschen Volk die Katastrophe des zweiten Weltkrieges zu ersparen? Natürlich so früh als möglich. Auf jeden Fall bevor er in der Lage war, zum Sprung an die Kehle anderer Länder anzusetzen. Die Naziherrschaft ist bei der Vorbereitung ihres Amoklaufes leider nicht gestoppt worden, obwohl es die nationale Sicherheit des deutschen Volkes und seiner Nachbarn erfordert hätte. Wir sind der Ansicht: **Die Deutsche Demokratische Republik, die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder können mit der Gewährleistung ihrer nationalen Sicherheit nicht mehr warten. Die nationale Sicherheit des deutschen Volkes und der Deutschen Demokratischen Republik, der Sowjetunion und vieler anderer Länder – einschließlich einiger Bundesgenossen Westdeutschlands – erfordert es, daß wir ohne weitere Verzögerung die noch glimmenden Überreste des zweiten Weltkrieges beseitigen und den Friedensvertrag abschließen, der eine wirksame Barriere gegen das Treiben und die verbrecherische Kriegspolitik der westdeutschen Militaristen und Revanchepolitiker sein wird. (Beifall)**

Der Stützpunkt des kalten Krieges – Westberlin – spielt in den Plänen der westdeutschen Militaristen die Rolle der glimmenden Lunte am Pulverfaß, die zu gegebener Zeit die große Explosion auslösen soll. Können wir uns bei dieser Sachlage mit einem potentiellen Kriegsbrandherd Westberlin noch abfinden? Niemand könnte das verantworten. Wir versündigten uns an den Interessen der deutschen Nation, wenn wir dem Treiben der Kriegsinteressen-

ten in Westberlin länger zusähen. Die nationale Sicherheit des deutschen Volkes, der DDR, der Sowjetunion und vieler anderer Länder erfordert, daß jetzt endlich und ohne weiteren Verzug die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges fixiert werden, damit die Amokläufer in Bonn daran gehindert werden, das deutsche Volk, Europa und die Welt in das Inferno eines atomaren Krieges zu stürzen. Ein weiteres Zögern — ich sagte es schon — ist nicht zu verantworten.

Diejenigen Leute in Westdeutschland, die sich im Zusammenhang mit dem Friedensvertrag und der friedlichen Lösung der Westberlinfrage vor Haß geradezu überschlagen, möchte ich fragen: Glauben Sie wirklich, daß die Bürger Westdeutschlands nur so danach gieren, einiger Verrückter wegen — und um deren Westberliner Interessen des kalten Krieges — mutwillig den Sprung zurück zu unternehmen, aus dem Jahre der Hochkonjunktur 1961 in die Hungerbunker und Luftschutzgräben von 1945, wobei in einem kommenden Krieg alles nur noch viel, viel schlimmer wäre? Glauben Sie, daß Sie genügend Wahnsinnige in Westdeutschland finden würden, die bereit wären, selbst alles das auszulöschen, was sie im Verlaufe der letzten Jahre erworben und sich aufgebaut haben, dazu ihr eigenes Leben und das ihrer Familien? (Zurufe: „Sehr wahr!“) Fragen Sie die Menschen in ihrer Umgebung, ob sie bereit sind, dafür zu sterben, nur weil ein Friedensvertrag abgeschlossen und Westberlin zu einer entmilitarisierten Freien Stadt mit gesicherter Neutralität und gesicherten Zufahrtswegen werden soll?

Reden Sie nicht so leichtfertig vom Schießen und vom Krieg. Wir von der älteren Generation haben einiges erlebt. In einer Situation wie der heutigen geziemt es einem Bürger der westdeutschen Bundesrepublik nicht, militärische Drohungen auszustoßen, andere Länder mit militärischer Gewalt zu bedrohen. Das möchte ich ein für allemal sagen.

Der Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten wäre natürlich das weitaus Beste. Er würde die Gefahr bannen, daß von deutschem Boden aus erneut ein Krieg die Welt in Brand setzen könnte.

Der Friedensvertrag würde ein militärisch neutrales Deutschland vorbereiten, das alle seine Kräfte der friedlichen Arbeit und der Sicherung und Erhöhung des Wohlstandes aller seiner Bewohner widmen könnte. Ein solcher Friedensvertrag wäre zugleich eine Klammer um die beiden deutschen Staaten. Mir scheint, daß

an einem solchen Friedensvertrag mit den beiden deutschen Staaten das ganze deutsche Volk interessiert sein müßte, abgesehen vielleicht von einer kleinen Schar unverbesserlicher und unbelehrbarer Revanchekrieger und Spezialisten für verlorene Kriege, die in Westdeutschland — entgegen den Gepflogenheiten anderer Länder — als Ratgeber besonders hoch geschätzt werden.

Es ist vielleicht ganz interessant, heute daran zu erinnern, daß es eine Zeit gab, in der ein Herr Adenauer folgende Auffassung in der Öffentlichkeit vertrat — ich zitiere wörtlich:

„Wir sind einverstanden, daß wir völlig abgerüstet werden, daß unsere reine Kriegsindustrie zerstört wird, daß wir nach beiden Richtungen hin einer langen Kontrolle unterworfen werden, ja, ich will noch weiter gehen: Ich glaube, daß die Mehrheit des deutschen Volkes einverstanden wäre, wenn wir . . . völkerrechtlich neutralisiert würden.“

Das sagte Herr Adenauer am 29. Dezember 1946.

Aber bereits einige Jahre später fürchtete Herr Adenauer die demokratischen Kräfte im deutschen Volk und war deshalb gegen einen Friedensvertrag. Im Jahre 1949 erklärte Dr. Adenauer in Hamburg:

Deutschland braucht 50 Jahre Besetzung, weil das deutsche Volk sich nicht selbst regieren kann.

Diese Äußerung zeigte die tiefe Furcht der CDU-Führung vor den demokratischen Kräften im deutschen Volk. Später hatte tatsächlich Dr. Adenauer die Deutschlandverträge, die eine ausländische Besetzung auf die Dauer von 50 Jahren vorsehen, mit ausgearbeitet und unterzeichnet.

Der Weg, den Herr Adenauer bis zur Forderung der atomaren Aufrüstung der westdeutschen Bundeswehr und der Erklärung zurücklegte, daß er diese nur mit atomarer Ausrüstung gegen die Sowjetunion marschieren lassen könne, ist offensichtlich sehr, sehr weit. Es ist der Weg der Militaristen und Imperialisten, die auf Grund des Potsdamer Abkommens alle ihre Macht zu verlieren fürchteten, bis hin zu jener Zeit, da sie sich infolge der systematischen Verletzung des Potsdamer Abkommens wieder fest im Sattel fühlten und alle Macht in ihren Händen konzentriert hatten. Unter dem Druck der Vorstellung, das Potsdamer Abkommen würde verwirklicht, waren sie bereit, die militärische Neutralisierung und die völlige Abrüstung in Kauf zu nehmen. Heute planen sie den Revanchekrieg, ähnlich wie nach dem ersten Weltkrieg. Vernünft-

tiger allerdings wäre es, sie würden schon heute an die Folgen denken, die ihre Politik der Aufrüstung und der Revanche für sie selbst haben kann. Sie würden dann feststellen müssen, daß nicht der Adenauer des Jahres 1961 recht hat, sondern der Adenauer, wie er 1946 sprach. (Beifall)

Fragen des Friedensvertrages

Es ist Demagogie, wenn im Zusammenhang mit der Forderung nach dem Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten einige Leute in Bonn von einem beabsichtigten Diktatfrieden sprechen. Es liegt ein Friedensvertragsentwurf als Grundlage von Verhandlungen vor, und die beiden deutschen Staaten sind aufgefordert, selbst Vorstellungen zu entwickeln, die sie auf der Friedenskonferenz vertreten werden. Die Sowjetunion ging sogar so weit, in ihrem Memorandum für den Präsidenten Kennedy vorzuschlagen, die vier Mächte mögen sich im vorhinein verpflichten, das zu akzeptieren, was die beiden deutschen Staaten miteinander vereinbaren. Wann hätte je nach einer vernichtenden Niederlage und bedingungslosen Kapitulation ein besiegt Land die Möglichkeit gehabt, so weitgehend auf den Inhalt eines Friedensvertrages Einfluß zu nehmen?

Im Friedensvertrag würde natürlich auch die Grenzziehung juristisch abschließend fixiert werden. Wir haben diese Grenze bekanntlich nicht festgelegt. Die Siegermächte haben es getan. Und Hitler und die deutschen Militaristen und Imperialisten, die zweimal in einem halben Jahrhundert ganz Europa annekieren wollten, und die physische Ausrottung ganzer Völkerschaften betrieben, haben diese Grenzen auf dem Gewissen. Viele von diesen Leuten sitzen heute in Bonn und wollen mit ihrer verbrecherischen Revanchepolitik das deutsche Volk diesmal um Kopf und Kragen bringen. Ihnen muß das Handwerk gelegt werden. Die seit 15 Jahren bestehenden Grenzen vermag niemand zu ändern! Nach der Unruhe, die die Revanchepolitik in Westdeutschland schafft, und angesichts der Folgen, die eine Fortsetzung dieser Revanchepolitik nach sich ziehen kann, möchte ich sagen: es wäre für das deutsche Volk ein Segen, wenn die Grenzen möglichst bald in einem Friedensvertrag fixiert würden. Damit würde der Revanchepolitik der Boden entzogen.

In einem Friedensvertrag würde – nach dem einzigen vorerst vorliegenden Entwurf – die Bestimmung enthalten sein, daß es Deutschland nicht gestattet ist, militärische Bündnisse einzugehen,

die gegen eine der Mächte der Anti-Hitler-Koalition gerichtet sind. Deutschland würde, um es ganz klar zu sagen, militärisch neutral sein. Wäre das wirklich so schrecklich, militärisch neutral zu sein und so wie Schweden und die Schweiz und neuerdings Österreich vielleicht einige Jahrhunderte, vielleicht für immer, in Frieden, ohne Krieg, zu leben? Wen könnte das schrecken? Deutschland käme nicht in die Gefahr, Schauplatz eines Atomkrieges zu werden. Es mag sein, daß das für manche Leute in Bonn unvorstellbar ist. Aber ich glaube, daß die große Mehrheit der Deutschen in Ost und West einen solchen Zustand als unerhörten Vorzug betrachten würde.

Ich möchte ausdrücklich betonen, daß der vorliegende Friedensvertragsentwurf keinerlei Bestimmungen vorsieht, die die wirtschaftliche oder wissenschaftliche Tätigkeit in Deutschland für friedliche Zwecke in irgendeiner Weise einschränken. Im Gegenteil, hier ist das eigentliche Feld für den Ehrgeiz der Deutschen. Auf diesen Gebieten könnten wir Deutschen, könnten beide deutsche Staaten der Welt etwas geben, was weit besser ist als kalter Krieg und Kriegsgeschrei und Völkermord, diese Spezialitäten der deutschen Militaristen.

Wir sind für den Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten und auch für entsprechende Verhandlungen zwischen ihnen. Aber wir können keinen Zweifel daran lassen: Wenn die Bonner Regierung sich auch weiterhin dem Friedensvertrag verschließt, wenn sie ihre Revanche- und Rüstungspolitik fortsetzt, wird der Abschluß eines Friedensvertrages mit der DDR allein unvermeidlich.

Auch ein Friedensvertrag mit der DDR allein brächte großen Nutzen für die Bevölkerung der DDR wie auch für die Bevölkerung Westdeutschlands.

Was wären die Vorteile eines solchen Friedensvertrages mit der DDR?

Die gegenwärtig bestehenden Grenzen, wie sie durch die drei Mächte während des Krieges und später während der Potsdamer Verhandlungen festgelegt worden sind, wie sie bereits seit 16 Jahren existieren, werden völkerrechtlich fixiert. Ich habe den Eindruck, daß manche Leute in Westdeutschland, die selbst zwar die Einsicht in die Unabänderlichkeit dieser Grenzen, aber nicht den Mut haben, ihre Einsicht auch zu vertreten, einen solchen Vertrag nicht ungern sehen würden. Dem unverantwortlichen

Treiben der Revanchisten wäre damit eine Barriere in den Weg gelegt.

Der Abschluß eines Friedensvertrages würde die völkerrechtliche Stellung der DDR stärken und die Voraussetzungen für die Entwicklung normaler völkerrechtlicher Beziehungen zu einer Reihe anderer Staaten schaffen. Hinzu kommt, daß die DDR mit Abschluß des Friedensvertrages die Möglichkeit erhielte, als gleichberechtigter Staat in die UNO aufgenommen zu werden.

Mit dem Abschluß des Friedensvertrages, auch wenn er nur mit der DDR unterzeichnet wird, beginnt die Neuregelung der Westberlinfrage. Daran möchte ich keinen Zweifel lassen. Das heißt: Der Provokationsherd in Westberlin und sein Mißbrauch als Stützpunkt des kalten Krieges werden in jedem Falle beseitigt. Es kann sich höchstens darum handeln, ob der Prozeß leichter und schmerzloser oder schwieriger verläuft.

Der Abschluß eines Friedensvertrages mit der DDR hätte auch eine große nationale Bedeutung. Da wir, die DDR, derzeitiger deutscher Staat sind, der die Bestimmungen des Potsdamer Vertrages durchgeführt hat, und da der Friedensvertrag auf den Prinzipien des Potsdamer Abkommens basiert, ergibt sich daraus, daß die DDR noch mehr als bisher der einzige Garant für die Wahrung der nationalen Interessen unseres deutschen Volkes ist. Das heißt, der Abschluß eines Friedensvertrages mit der DDR wird große Auswirkungen auch in Westdeutschland haben. Wir schließen den Friedensvertrag ab im Interesse auch der westdeutschen Bevölkerung, im Interesse der ganzen deutschen Nation.

Im Friedensvertrag mit der DDR wird ihre Souveränität völkerrechtlich noch stärker verankert. In einem solchen Friedensvertrag wird also keine solche Bestimmung enthalten sein, wie z. B. in den Pariser Verträgen, die es Bonn verbieten, in Fragen der Wiedervereinigung eigene Initiative zu entfalten oder Verhandlungen mit dem anderen deutschen Staat zu führen. Es ist selbstverständlich, daß in unserem Friedensvertrag keine Bestimmungen solcher Art enthalten sein dürfen. Die Souveränität darf – gerade was die Beziehungen der beiden deutschen Staaten und die Wiedervereinigung betrifft – keinerlei Einschränkungen unterworfen sein. Nicht nur das: Wir werden uns dafür einsetzen, daß in den Friedensvertrag eine Verpflichtung der Siegermächte aufgenommen wird, soweit es in ihren Kräften steht, die Verständigung der beiden deutschen Staaten und die Wiedervereinigung zu fördern.

Der Friedensvertrag mit der DDR wird also einen solchen Inhalt haben, daß er eines Tages auch für ganz Deutschland gelten kann. Das heißt, auch die westdeutsche Bundesrepublik wird sich später diesem Friedensvertrag anschließen können. Je eher das der Fall sein wird, um so besser wird es für die Bevölkerung Westdeutschlands sein.

Es herrscht – wie ich eingangs sagte – in der Weltöffentlichkeit und auch bei den hauptbeteiligten Regierungen Einverständnis darüber, daß verhandelt werden muß. Die einzigen, die sich sträuben, das sind die westdeutschen Militaristen. Sie haben nun einmal solche Pläne, bei denen von vornherein feststeht, daß sie niemals durch Verhandlungen erreicht werden können.

Die Grundsätze der Anti-Hitler-Koalition müssen eingehalten werden

Nach dem Sieg der Sowjetunion und ihrer Alliierten über die Hitler-Armeen verpflichteten sich die Hauptbeteiligten, alles zu tun, damit Nazismus und Militarismus in Deutschland für immer beseitigt werden und niemals wieder eine Chance erhalten. Im Potsdamer Abkommen wurden sogar die Deutschen selbst verpflichtet, alle notwendigen Maßnahmen in dieser Richtung zu treffen. Militarismus und Nazismus sollten in ganz Deutschland ausgerottet werden. Und wenn in den Potsdamer Vereinbarungen die Rede davon ist, daß ganz Deutschland als wirtschaftliche Einheit behandelt werden solle, dann immer unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß eben in ganz Deutschland die Grundlagen des Militarismus und des Nazismus beseitigt würden.

Diesen Vereinbarungen haben seinerzeit die Westmächte mit Rücksicht auf die Meinung der Volksmassen in der ganzen Welt zugestimmt. Aber dann haben diese selben Westmächte die Durchführung des Abkommens systematisch verhindert. Ich möchte es ganz offen sagen: Die imperialistischen Westmächte haben ihr enges Klasseninteresse, das Klasseninteresse ihres Monopolkapitals, über die Interessen des Friedens ihrer eigenen Völker und auch über Vertragstreue und Völkerrecht gestellt. Sie haben der Bevölkerung Berlins und Westdeutschlands die demokratischen Rechte verweigert und die Politik des Revanchismus unterstützt, wie sie es auch nach dem ersten Weltkrieg getan hatten.

In der Deutschen Demokratischen Republik, der einstigen sowjetisch besetzten Zone, verlief die Entwicklung nach den

Grundsätzen des Potsdamer Abkommens. Hier erhielten die friedliebenden und demokratischen Kräfte die Möglichkeit, den Militarismus und Nazismus mit Stumpf und Stiel auszurotten und ein friedliches Leben für ein friedliches deutsches Volk aufzubauen. Die Möglichkeit wurde von uns genutzt.

Wir und viele andere in ganz Deutschland hofften damals, diesen Weg des Friedens konsequent und im Einverständnis mit allen Mächten der Anti-Hitler-Koalition in ganz Deutschland bis zu Ende gehen zu können. Wir hatten die Konzeption, im Sinne des Potsdamer Abkommens die nationalen Lebensfragen des deutschen Volkes zu lösen, d. h. Militarismus und Nazismus auf demokratischem Wege zu überwinden und in allen damaligen Besatzungszonen eine antifaschistisch-demokratische Ordnung zu schaffen, dafür zu sorgen, daß überall die Kriegsverbrecher bestraft und aus dem Staatsapparat und aus der Justiz entfernt würden. Für diese Politik, die im Interesse der ganzen deutschen Nation wie im Interesse des Friedens lag, wäre ein Friedensvertrag außerordentlich nützlich gewesen.

Wir haben es deshalb begrüßt, daß die Sowjetunion schon 1946 den Vorschlag von Friedensverhandlungen und einen Friedensvertrag unterbreitete. Wir haben es auch begrüßt, daß 1952 der erneute Vorschlag auf Abschluß eines Friedensvertrages mit einer Darlegung seines wichtigsten Inhalts verbunden wurde, damit das ganze deutsche Volk sehen konnte, daß nicht etwa eine Neuauflage des Versailler Diktats vorgeschlagen wurde, sondern ein Friedensvertrag, der den nationalen Interessen des deutschen Volkes Rechnung trug.

Infolge der Besetzung Westdeutschlands durch imperialistische Mächte war die Mehrheit des deutschen Volkes, die – ebenso wie wir – für einen Friedensvertrag, für die Beseitigung des Militarismus und des Nazismus mit allen Wurzeln war, daran gehindert worden, ihre geschichtliche Aufgabe zu lösen. Statt dessen haben die Westmächte eine Minderheit des deutschen Volkes, die Imperialisten und Militaristen, unterstützt, die an der Restaurierung der alten Machtverhältnisse und an der Wiedergeburt des deutschen Militarismus interessiert waren.

Unser und aller gutwilligen Deutschen Absicht, aus ganz Deutschland einen friedliebenden demokratischen Staat zu machen, konnte leider nicht verwirklicht werden. Es sollte ein solches friedliebendes und demokratisches Deutschland werden, wie es in den Vereinbarungen von Potsdam zwischen den Mäch-

ten der Anti-Hitler-Koalition vorgesehen war. So konnte dieses friedliebende demokratische Deutschland nur im Gebiet der heutigen DDR und früheren sowjetisch besetzten Zone verwirklicht werden, weil nur die Sowjetunion sich strikt an die Potsdamer Vereinbarungen hielt und den deutschen Demokraten die Freiheit des Handelns, die Freiheit der demokratischen und zugleich patriotischen Betätigung gewährte.

Wir müssen also heute klar sehen: Es ist damals leider nicht gelungen, die Hauptgedanken des Potsdamer Abkommens in ganz Deutschland zu verwirklichen, weil die Klasseninteressen des Monopolkapitals der imperialistischen Länder in deren Besatzungszonen über die demokratische Entscheidung gestellt wurden. Die Westmächte waren es auch, die den westdeutschen Separatstaat zusammen mit den westdeutschen Imperialisten und Militaristen schufen und jede Bemühung, die Spaltung zu verringern oder die Wiedervereinigung zu erreichen, durchkreuzten. Die Geschichte hat wieder einmal bestätigt, daß dem Finanzkapital westlicher Länder, einschließlich Westdeutschlands, die Klasseninteressen immer wesentlich höher stehen als die Interessen der Nationen oder die Interessen des Friedens.

Die geschichtliche Aufgabe der DDR

Es wurde somit die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik, wenigstens auf dem Teil des deutschen Territoriums, der nicht den Einflüssen der Klasseninteressen des Monopolkapitals unterworfen war, Militarismus und Faschismus mit der Wurzel auszurotten und eine Bastion des Friedens zu errichten, beispielgebend für ganz Deutschland. Während wir diese geschichtliche Aufgabe in Angriff nahmen und damit das Recht erwarben, für die ganze deutsche Nation zu sprechen und das ganze friedliebende Deutschland zu repräsentieren, erklärte die Regierung in Bonn, es könne keine nationale deutsche Politik mehr geben, sondern nur noch eine Politik im Schatten und als Satellit der USA. Aus all dem ergibt sich, daß die Deutsche Demokratische Republik heute der einzig rechtmäßige deutsche Staat ist. (Beifall)

Die USA und das Adenauer-Regime ließen sich bei ihrer Politik von dem Wunschtraum leiten, es würde durch die Aufrüstung Westdeutschlands und seine Remilitarisierung eine solche Veränderung des Kräfteverhältnisses eintreten, daß es mit Hilfe von

Atomdiplomatie und Revanchepolitik gelingen könnte, die Sowjetunion und die Deutsche Demokratische Republik zu einem Rückzug vor den Militaristen zu zwingen. Diese Politik ist gescheitert. Endgültig gescheitert. Das Kräfteverhältnis hat sich in diesen wichtigen Jahren verändert. Aber keineswegs zugunsten der imperialistischen Mächte, und schon gar nicht zugunsten der westdeutschen Militaristen, sondern zugunsten der Sowjetunion und des sozialistischen Lagers. (Beifall)

Im Zusammenhang mit dem Scheitern dieser Konzeption werden jetzt in Westdeutschland die Bestrebungen verstärkt, durch Sabotage- und Störtätigkeit von Westberlin aus den sozialistischen Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik zu verhindern. Wir vermerken mit Interesse, daß in Westdeutschland Sabotage- und Störtätigkeit zum Schaden der DDR jetzt schon ganz offen als Mittel der revanchistischen Politik der westdeutschen Bundesrepublik angepriesen werden. Das ist eine sehr törichte und auch für die Urheber nicht ungefährliche Aktivität. Niemand wird wohl im Ernst annehmen können, die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik würden es sich gefallen lassen, wenn von Westdeutschland aus gelenkt eine solche neue Offensive der Sabotage- und Störtätigkeit betrieben würde. Das ist offensichtlich eine zweischneidige Angelegenheit.

Die Herren in Bonn, die es angeht, sollten sich gut überlegen, was sie tun. Politik beruht letztlich immer auf Gegenseitigkeit. Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus! (Bewegung im Saal)

Für friedlichen Wettbewerb zwischen beiden Gesellschaftssystemen in Deutschland

Natürlich ist der Plan gescheitert, das Kräfteverhältnis in Europa und in der Welt zugunsten des Militarismus zu verändern. Und auch wenn die westdeutsche Armee noch weiter-rüstete, würden die westdeutschen Militaristen an dem Kräfteverhältnis nichts ändern können. Das vernünftigste also wäre, sie stellten sich auf den Boden der Tatsachen. Die Herrschaften können den Aufbau des Sozialismus in der DDR ohnehin nicht verhindern. Wir haben unsererseits natürlich auch nicht die Absicht, uns in die gesellschaftliche Ordnung Westdeutschlands einzumischen.

Es ist ein Gebot der Vernunft, den Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten unverzüglich vorzubereiten und abzuschließen und damit eine Klammer zu schaffen für die beiden deutschen Staaten, die ihre allmähliche Wiederannäherung und den friedlichen Wettbewerb zwischen ihnen erleichtert. Diesen friedlichen Wettbewerb – davon sind wir überzeugt – werden wir gewinnen. Die Vertreter des Bonner Staates mögen ruhig bei ihrem Glauben bleiben, daß sie ihn gewinnen könnten.

Notwendig ist jedoch, daß dieser friedliche Wettbewerb hüben wie drüben die gleichen Voraussetzungen hat. Da wir z. B. keine Stützpunkte in Bonn oder im Ruhrgebiet haben, kann Bonn auch keine Stützpunkte in der Deutschen Demokratischen Republik für sich in Anspruch nehmen. In dem friedlichen Wettbewerb zwischen beiden deutschen Staaten und den beiden unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen wird es sich erweisen, welches System den Interessen der deutschen Nation am besten entspricht und wer für die deutsche Nation am meisten leistet.

Wenn wir immer wieder vorschlagen, die beiden deutschen Staaten sollten miteinander verhandeln und sich verständigen, so versteht es sich von selbst, daß Verhandlungen über die gesellschaftlichen Systeme nicht real wären. Das gesellschaftliche System in der Deutschen Demokratischen Republik ist weder Gegenstand irgendwelcher Verhandlungen noch irgendwelcher Wahlmanöver, ebenso wie es offensichtlich auch unreal wäre, anzunehmen, die Vertreter des Bonner Staates seien bereit, in Verhandlungen – oder durch Wahlen die Abschaffung des Kapitalismus, die Beseitigung der Herrschaft der Monopole usw. festzulegen.

Wenn man realistisch an die Dinge herangeht, muß man sich also fragen: **Worüber sind eigentlich Verhandlungen möglich?**

Möglich und notwendig sind Verhandlungen über die Sicherung des Friedens, das heißt über die Beseitigung der Reste des zweiten Weltkrieges und den Abschluß eines Friedensvertrages und die friedliche Lösung der Westberlinfrage sowie natürlich über die Normalisierung der Beziehungen. Am Frieden sind alle Deutschen in Ost und West – wenn sie nicht völlig den Verstand verloren haben – gleichermaßen interessiert. Selbst einem eingefleischten Monopolkapitalisten dürfte nicht gedient sein, wenn im Zuge der Abenteuerpolitik der westdeutschen Militaristen in einer Atomexplosion seine Fabriken, seine Bankguthaben und auch die

von ihm ausgebeutete Arbeitskraft untergingen. Auch die Brandt-Mannschaft, die bekanntlich gegen jegliche Anfechtung des Sozialismus gefeit ist – gegen Atombomben dürfte auch sie nicht gefeit sein.

Worte an die westdeutsche Bourgeoisie

Über den Frieden müßte also eine Verständigung möglich sein. Deshalb unser Appell auch an die westdeutsche Bourgeoisie. Beseitigen wir gemeinsam die Reste des zweiten Weltkrieges! **Beseitigen wir alles, was erneut zu einem militärischen Konflikt, was zu Bürgerkrieg und Krieg führen könnte.** Schließen wir den Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten und überlegen wir im Zuge dieser Verhandlungen und nachher, wie die beiden deutschen Staaten vernünftig und sachlich im Interesse der deutschen Nation und des Friedens zusammenarbeiten können. (Beifall)

An die Führer der Westmächte

In der gegenwärtigen großen internationalen Diskussion sprechen der Präsident der USA, Herr Kennedy, der britische Premierminister, Herr Macmillan, und andere Vertreter der westlichen imperialistischen Staaten gern und häufig von angeblichen westlichen Rechten, zum Beispiel auf Anwesenheit von Truppen und Besatzungsbehörden in Westberlin und auf die Benutzung nach Westberlin führender Verkehrswege der Deutschen Demokratischen Republik zu Lande und in der Luft. Es seien – so behauptet man – originäre Rechte, Rechte des Eroberers, Rechte vom lieben Gott sozusagen persönlich verliehen, für alle Zeiten geltend. Was die Rechte betrifft, so gibt es nur einen völkerrechtlich begründeten Rechtsanspruch, der den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens und der Charta der Vereinten Nationen entspricht; das ist der Rechtsanspruch auf einen Friedensvertrag.

Das Recht der DDR und ihrer Bürger, Herr im eigenen Haus zu sein, im eigenen Land zu bestimmen, Achtung der Grenzen und der Souveränität von jedermann zu fordern, von diesem Recht der DDR wollen die Westmächte zur Zeit noch nichts wissen. Und das ist auch der Grund für viele Differenzen. Das ist auch ein Grund für die Anhäufung immer neuer Konfliktstoffe.

Die Deutsche Demokratische Republik – das möchte ich ganz klar sagen – ist kein Staat minderen Rechts. Und die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik sind keine Menschen min-

deren Rechts, zu denen sie die Politiker der imperialistischen Westmächte stempeln möchten.

Mit dem Völkerrecht hat natürlich diese Auffassung der Westmächte absolut nichts zu tun. **Es gibt kein originäres Recht auf Besetzung eines anderen Landes. (Starker Beifall)** Die Westmächte haben das Potsdamer Abkommen verletzt, indem sie den westdeutschen Separatstaat schufen und ihn der amerikanischen imperialistischen Politik unterordneten. Sie haben das Potsdamer Abkommen verletzt, indem sie die westdeutsche Armee schufen und aufrüsteten, indem sie die faschistischen Generale an die Spitze dieser Armee stellten, sie förderten und es zuließen, daß die Macht des Militarismus in Westdeutschland restauriert wurde. Das Potsdamer Abkommen ist die grundlegende Charta für die Ziele der Besetzung Deutschlands nach 1945. Ein von diesen Zielen losgelöstes Recht auf Besetzung gibt es nicht. Das geltende demokratische Völkerrecht kennt weder ein Recht auf willkürliche Besetzung eines fremden Territoriums auf unabsehbare Zeit noch ein „abstraktes Recht des Siegers“. Auch bezüglich Deutschlands konnte die Besetzung nur rechtmäßig sein zur Verwirklichung der Ziele des Potsdamer Abkommens, das heißt vor allem zur Vernichtung und Ausschaltung der Militaristen und Faschisten für immer.

Das heutige Besatzungsregime in Westberlin im besonderen hat weder rechtlich noch faktisch mit den Zielen der Anti-Hitler-Koalition noch irgend etwas zu tun. Es hat seit langem keinerlei Rechtsgrundlage mehr, da seine Ziele den ursprünglichen Zielen der Besetzung Deutschlands diametral entgegengesetzt sind. Die westlichen Besatzungstruppen sind durch Vereinbarungen der Anti-Hitler-Koalition, also auf Grund des Potsdamer Abkommens, nach Westberlin gekommen und haben dann ihre Anwesenheit ausgenutzt, um entgegen dem Potsdamer Abkommen die Revanchepolitiker zu unterstützen. Sie haben geholfen, daß die 131er und die Neonazisten im Staatsapparat entscheidenden Einfluß gewinnen konnten.

Ein Friedensvertrag mit der Deutschen Demokratischen Republik wird die grundlegenden Prinzipien der Potsdamer Beschlüsse fixieren. Er wird auf dem gesamten Territorium der DDR, d. h. auch in Westberlin, die von den Westmächten noch in Anspruch genommenen, in Wirklichkeit längst hinfällig gewordenen Okkupationsrechte völkerrechtlich eindeutig aufheben. Die DDR hat keinerlei Verpflichtungen aus dem in Westberlin noch in Anspruch

genommenen anachronistischen Besatzungsrecht, das sich die drei Besatzungsmächte selbst geschaffen haben. Die Westmächte müssen ihre juristischen Spekulationen schon mit sich selbst ausmachen.

Neuerdings beliebten einige westliche Regierungen sich sogar auf separate NATO-Vereinbarungen über Westberlin zu berufen. Das zeigt besonders deutlich, daß die Ansprüche der Westmächte in eklatantem Widerspruch zu ihren Verpflichtungen im Potsdamer Abkommen und der bedingungslosen Kapitulation der Hitler-Wehrmacht stehen. Denn die NATO ist ja gegen einen der Hauptteilnehmer der Anti-Hitler-Koalition gerichtet. Die nach dem Potsdamer Abkommen nicht zulässige Zugehörigkeit Westdeutschlands zur NATO hat mit dazu beigetragen, daß die ehemalige Rechtsgrundlage, auf die sich die Westmächte berufen, aufgelöst wurde. (Zurufe: „Sehr wahr!“)

Für Freiheit und Sicherheit der Westberliner Bevölkerung

Freiheit und Sicherheit der Westberliner Bevölkerung sollen nach unseren Vorschlägen gewährt und mit den stärksten nur denkbaren internationalen Garantien gesichert werden. Dazu ist aber auch noch notwendig, daß der westdeutsche Militarismus und die Revanchepolitiker der Regierung in Bonn und ihre faschistischen Ultras aus Westberlin verschwinden. Durch den Abschluß eines Friedensvertrages mit der DDR würde jedenfalls auch die Westberliner Bevölkerung von den ihr durch das separate Besatzungsregime in Westberlin auferlegten Verpflichtungen frei und die Möglichkeit erhalten, im Rahmen der entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin selbst über ihr Schicksal zu verfügen.

Möge sich niemand einreden lassen, es ginge um das Schicksal der Westberliner, in deren Verhältnisse wir nicht die Absicht haben, uns einzumischen.

Ich wiederhole es hier ausdrücklich vor der Weltöffentlichkeit, und ich versichere den Bürgern Westberlins im Namen des Staatsrates und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, im Namen der Volkskammer, im Namen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der anderen Parteien des Demokratischen Blocks, daß die entmilitarisierte Freie Stadt Westberlin in ihrem Recht auf Selbstbestimmung der eigenen Ordnung und der Freiheit, selbst über ihre Angelegenheiten zu entscheiden, in keiner Weise beeinträchtigt wird, daß niemand

sich in die Angelegenheiten ihrer Stadt einzumischen gedenkt und daß wir bereit sind, den Verkehr der Freien Stadt mit West und Ost, Nord und Süd zu gewährleisten. Wir verlangen nur eines von Ihnen: Westberlin muß aufhören, Stützpunkt des kalten Krieges zu sein. (Stürmischer Beifall)

Die Deutsche Demokratische Republik ist dazu bereit, darüber zu verhandeln, wie die sich aus der Beseitigung des Besatzungsregimes in Westberlin durch Abschluß eines Friedensvertrages mit der DDR ergebenden Fragen – soweit sie die Souveränität der DDR berühren – geregelt werden können. Das ist ein Entgegenkommen der DDR. Das sollten auch die Regierungen der Westmächte nicht verkennen. Sie sollten vernünftigerweise nicht damit rechnen, daß sich die Deutsche Demokratische Republik eine Verletzung ihrer Souveränität gefallen läßt. Kein Staat dieser Erde läßt sich das gefallen, kein afrikanischer, kein asiatischer, kein lateinamerikanischer und auch kein europäischer Staat, also auch nicht die DDR. Auch die USA-Vertreter sind keine mit internationalen Vorrechten ausgestatteten Übermenschen. (Zurufe: „Sehr wahr!“)

Wenn die Westmächte es ablehnen sollten, die Rechte der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Bürger zu achten, dann können sie auch nicht erwarten, daß wir Rücksicht auf angebliche Rechte oder Interessen nehmen, die diese Staaten zu besitzen vorgeben. Es ist eine seltsame Situation. Erst sagen uns einige Vertreter der Westmächte, wir existierten nicht. Dann wollen sie von uns, die wir ja nicht existieren, die Anerkennung und Achtung ihrer angeblichen Rechte und Interessen. Und schließlich, um dieser Torheit die Krone aufzusetzen, rufen sie sogar die Sowjetunion, mit der wir verbündet sind, gewissermaßen gegen die DDR an. (Heiterkeit)

Uns scheint es am vernünftigsten zu sein, auf dem Boden der Tatsachen wie des Völkerrechts – und zwar im Geiste der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens – die unausweichlichen Verhandlungen zu führen und gemeinsam nach einer Lösung zu suchen, die den berechtigten Interessen aller Beteiligten möglichst weitgehend gerecht wird.

Für eine vernünftige Lösung

Einflußreiche Stimmen in der öffentlichen Meinung Großbritanniens und der USA treten für eine solche vernünftige Lösung ein. Sie gehen von der unbestreitbaren Tatsache aus, daß

ein großer Teil der gegenwärtigen Schwierigkeiten einfach daher rührt, daß die Westmächte glauben, die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik ignorieren und ihre Rechte wie die Rechte ihrer Bevölkerung nach Belieben verletzen zu können. Eine vernünftige Anerkennung der in Deutschland nun einmal historisch gewachsenen Tatsachen würde es den Westmächten erleichtern, in ihrer Politik lebenswichtige Fragen von Propagandathesen zu unterscheiden, die auf dem Boden der Bonner Militaristen gewachsen, schon heute völlig wertlos sind und der geschichtlichen Erprobung nicht standhalten können. (Beifall)

Zu einer Äußerung von Präsident Kennedy

Auf einer Pressekonferenz hat der amerikanische Präsident, Herr Kennedy, unter anderem auch auf Äußerungen von mir Bezug genommen und die Vermutung geäußert, mein Auftreten in letzter Zeit hätte bezweckt, die Spannungen zu vergrößern. Und an anderer Stelle sagte er, Erklärungen von Führern der DDR hätten es deutlich gemacht, daß in der Freien Stadt Westberlin „die Rechte der Bürger Westberlins allmählich aber unbarmherzig ausgelöscht würden“. Ich begreife diese Äußerung nicht. Und Herr Kennedy wird auch nicht in der Lage sein, uns die Äußerung eines verantwortlichen Vertreters der Deutschen Demokratischen Republik nachzuweisen, aus der entnommen werden könnte, daß wir beabsichtigten, die Rechte der Bürger Westberlins „allmählich aber unbarmherzig auszulöschen“. Genau das Gegenteil ist wahr. Die Bürger Westberlins werden – wenn es nach unseren Vorschlägen geht – frei und ohne irgendwelche Einmischung von außen über ihre Geschichte entscheiden können, wobei ihnen nur eins versagt bliebe: Nämlich sich am kalten Krieg oder an der Vorbereitung des heißen Krieges gegen sozialistische Länder oder kapitalistische Länder zu beteiligen. Offensichtlich wird der amerikanische Präsident von irgendwelchen Vertretern der USA in Westberlin oder an anderen Stellen sehr ungenau und sehr tendenziös und nur im Sinne der Bonner Militaristen informiert. Wie der Fall Kuba gezeigt hat, ist so etwas gefährlich und kann zu falschen Schlußfolgerungen führen. (Zurufe: „Sehr wahr!“) Wir würden es daher begrüßen, wenn unsere klare und unzweideutige Stellungnahme zu diesen Problemen auch dem Präsidenten der USA unverfälscht übermittelt würde.

Herr Kennedy hat auf der genannten Pressekonferenz Ende Juni in Washington die Meinung geäußert, es sei eigentlich gegenwärtig – und zwar seit Jahren – in Westberlin und in Deutschland überhaupt alles sehr friedlich. Es gäbe infolgedessen eigentlich auch keinen Grund, jetzt unbedingt die schwierige Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages und der Änderung des Status von Westberlin auf die Hörner zu nehmen.

Das ist eine sehr unvorsichtige Meinung. Ich möchte den Präsidenten der USA daran erinnern, daß auch zur Zeit, da Hitler-Deutschland den Einmarsch in Österreich und die Aufteilung der Tschechoslowakei vorbereitete, alles in Deutschland „friedlich“ war. Jedenfalls so „friedlich“, wie es anscheinend der amerikanische Präsident versteht. Auch die Vorbereitung und Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht und die fieberhafte Aufrüstung in Deutschland wurden von der damaligen USA-Regierung und von den Regierungen der Westmächte als „friedliche“ Angelegenheit aufgefaßt. Die Verletzung aller Vereinbarungen über die Bewaffnung und der Einmarsch in das entmilitarisierte Rheinland waren auch in den Augen der Politiker der Westmächte durchaus friedliche Angelegenheiten.

Daß in der Zwischenzeit schon deutsche Patrioten, Kommunisten und Sozialdemokraten, christliche Politiker und parteilose Deutsche, die den Frieden liebten, in den Konzentrationslagern gepeinigt und umgebracht wurden, das störte den Seelenfrieden der damaligen Politiker der Westmächte nicht im geringsten. (Zurufe: „Sehr richtig!“)

Sehen Sie, Herr Kennedy! Mit dem „friedlichen“ Gebaren der deutschen Militaristen ist das so eine eigene Sache. Die USA haben diese auch so „friedlichen“ Leute nach dem ersten Weltkrieg hochgepöppelt, mit dafür gesorgt, daß sie sich wieder bis an die Zähne bewaffnen konnten, immer in der stillen oder sogar offen ausgesprochenen Hoffnung, dieses militaristische Deutschland würde sich recht gut als Kettenhund gegen die sozialistische Sowjetunion gebrauchen lassen. Das ist bekanntlich schief gegangen. Die USA mußten auch im zweiten Weltkrieg gegen die deutschen Militaristen in den Kampf ziehen. Der Herr Präsident der USA hat an diesen Kämpfen teilgenommen, was ihm zweifellos zur Ehre gereicht. Auch wir haben gegen diesen selben Gegner gekämpft. (Beifall)

Herr Kennedy kennt zweifellos besser die USA, als wir sie kennen. Was aber den deutschen – heute den westdeutschen –

Militarismus angeht, so sind zweifellos wir die besseren Kenner und Spezialisten. **(Starker Beifall)** Wir können es daher weder begreifen noch billigen, daß nach dem zweiten Weltkrieg die USA denselben Kardinalfehler begingen und begehen, den sie schon nach dem ersten Weltkrieg begangen haben. Auch nach dem zweiten Weltkrieg haben die USA dem westdeutschen Imperialismus und Militarismus erst auf die Beine und dann in den Sattel geholfen. Sie haben die demokratischen Kräfte daran gehindert, entsprechend den Beschlüssen von Potsdam mit dem Militarismus reinen Tisch zu machen. Und heute, da an der Spitze der westdeutschen Armee und Flotte die alten Hitler-Generale und -Admirale stehen, die an amerikanischen Raketen und Atomwaffen ausgebildet sind und sich jederzeit auch in den Besitz der dazugehörigen atomaren Sprengköpfe setzen können, heute, angesichts einer solchen bedrohlichen Lage, spricht Herr Kennedy von einer **friedlichen Situation in Deutschland**. Die Situation ist genauso „friedlich“ wie sie 1936 und 1939 „friedlich“ war. Das heißt, es ist eine Situation, in der vom deutschen Militarismus neue Aggressionen geplant werden, eine Situation, in der auf westdeutschem Boden das größte Unglück der Menschheit, ein Atomkrieg, vorbereitet wird.

Der amerikanische Präsident meint, das sei alles nicht so gefährlich und das sei alles durchaus „friedlich“. Wir sind anderer Meinung. Das, was 1939 geschah, wird sich allerdings nie wiederholen. Wir haben – trotz der Politik der USA-Regierung – aus der Geschichte unsere Lehren gezogen. Herr Kennedy sollte verstehen, daß das, was sich heute in Deutschland abspielt, ein Abschnitt jenes schon ein Jahrhundert währenden Kampfes ist zwischen den Kräften der Reaktion und des Krieges auf der einen Seite und den Kräften der Demokratie und des Friedens auf der anderen Seite. Die Regierungen des Staates, den Herr Kennedy vertritt, haben sich leider trotz aller schönen Worte nicht gegen die Kräfte der Reaktion und des Krieges entschieden. Wir werden uns allerdings durch nichts davon abhalten lassen, die notwendigen Maßnahmen gegen das Aufflammen eines neuen Krieges in Deutschland zu treffen. Und ich bin der Meinung, das liegt auch im Interesse der Amerikaner, die sicherlich nicht von den Nachfolgern Hitlers in einen dritten Weltkrieg gezogen werden wollen.

Was ist das zum Beispiel für eine „friedliche“ Situation in Deutschland, in der das publizistische Sprachrohr des Bonner Kriegsministers Strauß öffentlich Sabotageaktionen der Bonner

Ultras auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik ankündigt. Und zwar geht es wie offen und wörtlich gesagt wird um Sabotage der Produktion und des Verkehrs. Vielleicht ist der amerikanische Präsident über den Charakter seiner Freunde in der Bundesrepublik nicht ganz orientiert. Vielleicht hält er wirklich den Hitler-General Heusinger, den er zu einer Aussprache über die militärische Lage empfing, für einen Friedensengel, den Exponenten der militaristischen und faschistischen Ultras, Herrn Strauß, für einen Demokraten und den Westberliner Abenteurer und gewissenlosen Politiker, Herrn Brandt, für einen anständigen Menschen.

Das, was alle diese Leute von den USA wollen, ist, die Amerikaner in einen dritten Weltkrieg hineinzuziehen, durch den sie hoffen, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges rückgängig machen zu können. Das ist das A und O der Politik der Bonner Militaristen. Das meinte auch Herr Gerstenmaier, als er in seiner Erklärung vor dem Bundestag unverhohlen vor einer Annäherung und Verständigung zwischen den USA und der Sowjetunion warnte.

Aus denselben Gründen versucht die Bonner Politik die Regierungen ihrer Bundesgenossen zu einem Wirtschaftskrieg gegen das sozialistische Lager zu animieren, weil ihnen sogar die schmale Brücke des Handels viel zuviel an Verständigung und Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Lagern ist.

Welche Lehren wird England aus den dreißiger Jahren ziehen?

Der britische Premierminister, Herr Macmillan, und auch der britische Außenminister, Lord Home, haben mehrfach – wenn auch mit vielen Wenn und Aber – erklärt, sie seien zu Verhandlungen bereit. Allerdings gibt es trotzdem Anzeichen dafür, daß sie die Lage doch noch nicht realistisch genug einschätzen.

Herr Macmillan erinnerte zum Beispiel in seiner Rede am 1. Juli an die **schmerzliche Lehre der dreißiger Jahre**, die die westlichen Völker nicht vergessen hätten. Meint Herr Macmillan vielleicht die Kapitulation von München, in der die Regierung Großbritanniens die Tschechoslowakei an Hitler verkaufte und es den Hitler-Generalen – heute die Verbündeten Englands – ermöglichte, das Land zu besetzen und aufzuteilen? Der Außenminister von Großbritannien, Lord Home, wird sich sicherlich noch sehr genau daran erinnern. Er war damals an der Kapitulation vor Hitler nicht unbeteiligt. Er war offensichtlich schon damals der Ansicht, man

müßte den deutschen Militaristen und Faschisten einige friedliche Länder zum Fraß hinwerfen, man müßte ihnen alle Konzessionen machen, damit sie ihre Aggressivität auf die Sowjetunion konzentrierten.

Das, was Lord Home heute mit der Unterstützung der westdeutschen Militaristen, ihrer Ausrüstung und Bewaffnung und schließlich der Zurverfügungstellung von Übungsgelände auf britischem Boden macht, ist – wenn man es genau besieht – die Fortsetzung der damaligen Politik von München, die flagrante Nichtbeachtung der „schmerzlichen Lehre der dreißiger Jahre“.

Wir sind der Überzeugung, daß auch die britische Regierung noch zu dem Resultat kommen wird, daß es nicht möglich ist, den Kettenhund „deutscher Militarismus“ so zu dressieren, daß er nicht auch seine gegenwärtigen verblendeten Protektoren in die Katastrophe reißt.

Wie denkt die Regierung Frankreichs?

Während Präsident Kennedy und Ministerpräsident Macmillan sich im ganzen genommen doch für Verhandlungen aussprachen, hat der französische Staatschef, General de Gaulle, sich hierzu noch nicht geäußert. Es wird behauptet, daß Adenauer und er am entschiedensten gegen jegliche Verhandlungen seien! Wieweit das richtig ist, kann ich nicht beurteilen. Ich kann lediglich auf eine in der westlichen Presse veröffentlichte angebliche Äußerung des Herrn de Gaulle Bezug nehmen, der vor einigen Wochen in einem Gespräch mit einem westdeutschen Politiker darauf hingewiesen haben soll, in der Westberlinfrage müßten nicht nur die Rechte der Alliierten gewahrt werden, sondern auch das Recht auf Zusammenleben des deutschen Volkes.

Aus dem Munde eines französischen Staatsmannes ist das eine erstaunliche Feststellung. Denn praktisch waren es immer die Vertreter der französischen Regierung im Kontrollrat für Deutschland und auch außerhalb des Kontrollrats, die am entschiedensten gegen alle Maßnahmen auftraten, die zu einer Verminderung der Spannung in Deutschland oder zu einer Verhütung der Spaltung hätten führen können. So war es zum Beispiel der französische Vertreter im Kontrollrat, der sich mit größter Entschiedenheit jeder Bildung zentraler Organe für ganz Deutschland, wie sie im Potsdamer Abkommen vorgesehen waren, widersetzte. Als eines Tages die Bildung einer einheitlichen Postverwaltung und einheitliche Briefmarken für ganz Deutschland von der Sowjetunion be-

enragt wurden, verhinderte der französische Vertreter durch seinen Einspruch die Annahme selbst dieses Antrags.

Können wir vielleicht annehmen, daß die französische Regierung ihre Haltung zum Deutschlandplan in den letzten Jahren so grundlegend geändert hat? Das können wir wohl nicht. Wir haben keinen Hinweis, der es uns gestattet, einen solchen Gesinnungswandel anzunehmen. Es ist und bleibt vielmehr ein Ziel der französischen Politik, ebenso wie der britischen und der amerikanischen Politik, eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands und damit die Bildung eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen deutschen Staates zu verhindern.

Es ist begreiflich, daß viele Franzosen nach so schrecklichen Erfahrungen mit dem deutschen Militarismus Furcht haben vor dem Entstehen eines einheitlichen Deutschlands, von dem sie eine Wiederholung früherer Aggressionen befürchten. Ich kann es auch begreifen, daß viele Franzosen sich einfach nicht vorstellen können, daß eines Tages ein einheitliches Deutschland existieren, das aber einen ganz anderen Charakter haben wird als das Deutschland Wilhelm II., das Deutschland Hitlers oder das Westdeutschland der Herren Strauß und Heusinger. Das einheitliche Deutschland unter Führung der demokratischen und friedliebenden Kräfte des deutschen Volkes wird zu dem französischen Volk die freundschaftlichsten Beziehungen pflegen. Niemals wird Frankreich von diesen Kräften eine Aggression fürchten müssen. (Stürmischer Beifall)

Wir wissen genau, Herr de Gaulle ist gegen ein wiedervereinigtes Deutschland. Wir verstehen daher die Politik der französischen Regierungen nach 1945 in der Deutschlandfrage so, daß sie den Standpunkt des Bonner Regimes um so nachdrücklicher unterstützen, weil sie sicher sind, daß mit dieser Politik es niemals ein wiedervereinigtes Deutschland geben wird. (Zurufe: „Sehr wahr!“)

Das ist nicht etwa nur meine Meinung, diese Meinung teilen auch viele namhafte amerikanische und britische und französische Politiker und Publizisten. In der amerikanischen Presse zum Beispiel wird ganz offen die Meinung vertreten, die meisten westlichen Regierungen zögen die Tatsache zweier deutscher Staaten einer Wiedervereinigung vor und befänden sich hierbei in einem geheimen Einverständnis, während sie nach außen weiterhin Lippenbekenntnisse für ihre offizielle Politik des einen Deutschland ablegten. Nach Ansicht der Westmächte – ich bringe wieder nur

das, was in großen amerikanischen Zeitungen festgestellt wird — lasse sich Westdeutschland in seiner gegenwärtigen Konstruktion leichter in den Rahmen der westeuropäischen Politik hineinpressen. Ein Westdeutschland von etwa der gleichen Größe und Bevölkerung wie Frankreich, Italien und Großbritannien sei viel leichter in das Konzept Westeuropas einzufügen als ein wiedervereinigtes Gesamtdeutschland. Die Politik des „einigen Deutschland“, so wie sie von den Westmächten betrieben wird, sei bestenfalls ein frommer Betrug. Sie sei seit über acht Jahren tatsächlich nicht durchgeführt worden und entspreche auch nicht den wirklichen Zielen der westlichen Regierungen. Es gibt amerikanische politische Publizisten, die offen sagen und schreiben, es wäre ehrlicher und anständiger und besser für alle Beteiligten, wenn mit dieser Heuchelei endlich Schluß gemacht würde, wenn die Westmächte anfangen, das zu sagen, was sie wirklich meinten.

Wenn gegenwärtig die französische Regierung Andeutungen darüber macht, daß sie eine Division französischer Truppen mit einigen Regimentern Fallschirmjägern, die kürzlich in Algerien rebellierten, nach Europa und Westdeutschland zu bringen beabsichtigte, um in den bevorstehenden Auseinandersetzungen stärker dazustehen, dann ist das auch eine Begründung, die eigentlich keine französische Regierung geben sollte. Denn jedermann weiß doch, daß die rebellierenden Ultras und Fallschirmjäger ein Hindernis für den französischen Staatschef de Gaulle sind, in Algerien eine Politik nach seinem Sinne durchzuführen. Er zieht seine Division rebellierender Ultras aus Algerien also ab — vielleicht werden weitere folgen —, um seine eigene Politik dort durchführen zu können und nicht, um mit den meuternden Fallschirmjägern auf die Sowjetunion oder die anderen sozialistischen Länder irgendeinen Eindruck zu machen! Soll er alle seine Truppen aus Algerien abziehen! Wir wären damit sehr zufrieden. Das algerische Volk bestimmt auch.

Wozu überhaupt dieses überflüssige Gerede mit mehr oder weniger massiven Drohungen? Möglicherweise ist Bonn erfreut darüber, jetzt auf westdeutschem Territorium Spezialisten des Kolonialkrieges, faschistische Fallschirmjäger und vielleicht auch die Fremdenlegion mit reichlichem SS-Besatz begrüßen zu können. Die westdeutsche Bevölkerung wird anderer Ansicht sein.

Für Garantien der Freiheit der Westberliner Bevölkerung

Wenn die Vertreter der USA zum Beispiel behaupten, ihnen liege die Freiheit der Westberliner Bevölkerung, ihre gesellschaftliche Ordnung selbst zu bestimmen, am Herzen: Bitte! Wir sind bereit, in jeder nur vertretbaren Weise die Freiheit zu gewährleisten, und zwar keine Freiheit à la Alabama oder Kenia oder Algerien, sondern wirkliche Freiheit. In unserem Vorschlag über den „Deutschen Friedensplan“ wird ausdrücklich gesagt: „Den Bewohnern Westberlins wird die Unverletzlichkeit des Status der neutralen Freien Stadt und die Entscheidung über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten gewährleistet. Die Verbindungen der neutralen Freien Stadt werden auf der Grundlage entsprechender Vereinbarungen mit der Deutschen Demokratischen Republik garantiert.“

Wir sind dafür, daß die UNO an den Garantien für Westberlin teilnimmt. Wahrscheinlich kämen wir schneller weiter, wenn die USA, Großbritannien und Frankreich ganz einfach sagen würden, welche begründeten Interessen sie zum Beispiel in Westberlin haben. Befürchten sie eine Veränderung des militärischen Kräfteverhältnisses zu ihren Ungunsten? Da sie selbst erklären, daß Westberlin für sie kein militärischer Faktor von irgendwelcher Bedeutung sei, da andererseits vorgeschlagen ist, die Neutralität Westberlins zu sichern, das also auch nicht dem Kriegspotential des sozialistischen Lagers zugeschlagen werden könnte, würde offensichtlich diese Befürchtung zu beseitigen sein.

Vielleicht aber würde dann herauskommen, daß die USA ein Interesse an der Unterminierungs- und Störtätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik und andere sozialistische Länder vom Westberliner Boden aus behaupteten, ein Interesse der Ausnutzung Westberlins als Zündschnur für Zusammenstöße, als Möglichkeit, das Gewicht des Militarismus und Faschismus zu erhöhen? Das wären aber offenbar schon keine völkerrechtlich vertretbaren Interessen mehr.

Oder — wie von Bonn suggeriert wird — die USA und andere imperialistische Westmächte hätten sich mit ihrem Prestige in Westberlin so stark engagiert, daß eine vernünftige friedliche Lösung des Westberlinproblems durch Schaffung einer entmilitarisierten Freien Stadt den Zusammenbruch der Positionen der amerikanischen Politik nicht nur in ganz Europa, sondern in aller Welt haben müsse. Das ist natürlich barer Unsinn. Aber diesen Un-

sinn finden wir immer und immer wieder in der amerikanischen Presse und auch in den Reden führender Politiker.

Was das Prestige der Westmächte betrifft, so sieht der Vorschlag der Sowjetunion vor, daß es gebührend berücksichtigt wird, daß es also in keinem Gegensatz zu einer Politik der Vernunft zu stehen braucht.

Auch die Deutsche Demokratische Republik hält es übrigens mit ihrem Prestige für vereinbar, einer Lösung „entmilitarisierte Freie Stadt Westberlin“ zuzustimmen. Und das ist gewichtiger als der notwendige westliche Verzicht auf Besatzungsrechte, die sie durch die Spaltung Deutschlands und die Zerstörung des Potsdamer Abkommens selbst beseitigt haben.

Schließlich könnte die amerikanische Regierung auch noch geneigt sein, bestimmte größere amerikanische Kapitalinvestitionen in Westberlin zu verteidigen. Das USA-Kapital hat in den letzten Jahren viele Unternehmen in Westberlin aufgekauft. Die USA haben aber auch in anderen Ländern Investitionen und verlangen keineswegs – vorläufig jedenfalls noch nicht generell –, daß etwa die Annahme von Kapitalinvestitionen auch die Zustimmung zu amerikanischen Garnisonen beinhalten müsse.

Niemand von uns will das amerikanische Kapital oder Kapital anderer Länder aus Westberlin vertreiben. Und was die Verbindung von Kapitalinvestitionen und politischen Einflüssen in Westberlin betrifft, so sind diese politischen Einflüsse letztlich ohnehin eine Sache der Bevölkerung.

Abgeordnete der Volkskammer! Liebe Freunde und Genossen!

Es geht um ernste Dinge! Es geht um die Sicherung des Friedens. Es geht darum, daß nie wieder von deutschem Territorium aus ein Krieg losbrechen kann.

Wir haben es mit einem böartigen Gegner zu tun, von dem wir wissen, daß er vor keinem Verbrechen zurückschreckt, daß er zu allem fähig ist. Das ist der in Westdeutschland herrschende Militarismus, das sind die im Bonner Staat wie Pilze aus einem regenfeuchten Waldboden sprießenden Militaristen und faschistischen Ultras. Wenn es nach ihnen ginge, gäbe es als Antwort auf unseren Ruf nach Frieden nur die Aggression. Sie sind sich darüber klar, daß sie selbst zu schwach sind, um es mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern aufnehmen zu können. Deshalb ist ihr Hauptstreben, die Westmächte in ihren Revanchekrieg hineinzuziehen, immer eingedenk des Hitlerschen Vermäch-

nisses, das er noch am 23. April 1945, wenige Tage vor seinem unrühmlichen Ende und der totalen Kapitulation Hitler-Deutschlands verkündete und in dem es heißt: „Die Aufgabe ist und bleibt für das deutsche Volk, Raum im Osten zu gewinnen.“

Wenige Wochen vorher hatte er diese Gedanken noch weiter ausgesponnen und in völliger Verkennung der historischen Ereignisse, unter deren Räder er unwiderruflich geraten war, phantasiert: „Nach Osten, immer nur nach Osten müssen wir unseren Geburtenüberschuß lenken, das ist die einzige und die durch die Natur gewiesene Richtung für die Expansion der Germanen...“

Auf den Revanchistentreffen des Jahres 1961 und auch in Reden von Ministern der Bonner Regierung finden wir immer wieder fast gleichlautende Formulierungen.

Ob sich alle Vertreter des Bonner Staates darüber klar sind oder nicht: Tatsache bleibt jedenfalls, daß sie, objektiv gesehen, die Politik Hitlers fortsetzen und sich dabei mit größter Schuld vor dem deutschen Volke beladen.

Wir müssen mit der Tatsache rechnen, daß einige der imperialistischen Westmächte, verblindet durch einen starren Klassenstandpunkt, ihren Kardinalfehler aus der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg wiederholen, das heißt, erneut auf die alte Karte setzen, daß der deutsche Militarismus das deutsche Volk dazu bringen werde, gegen die sozialistischen Länder in einen Krieg zu ziehen, wobei es – wie es der ehemalige Präsident Truman am klarsten formulierte – vor allem darauf ankomme, daß Deutsche und Russen in möglichst großer Zahl einander totschißen. Ich habe auch manchmal den Eindruck, daß unversöhnliche Feinde der Deutschen es nicht ungern sähen, wenn sich die Deutschen untereinander totschißen und ihr Land selbst verwüsteten, in der Hoffnung, auf diese Weise die deutsche Frage ein für allemal gelöst zu sehen.

Auf der anderen Seite sehen wir aber, daß die Rufer nach Vernunft auch in den USA, in England und Frankreich und auch in Westdeutschland nicht untätig sind.

Es wird immer deutlicher, daß die Völker dieser Länder keinerlei Sehnsucht danach verspüren, für die Raubinteressen der westdeutschen Militaristen und ihren Revanchewahn in einen Atomkrieg zu ziehen. In diesen Ländern verbreitert sich die Front derjenigen, die auf eine vernünftige Verständigung bedacht sind, die bei ruhiger Überlegung und ruhiger Erwägung der Interessen der einzelnen Länder und ihres Prestiges durchaus möglich ist.

Man kann die Sache wenden wie man will. Bei ruhiger und vernünftiger Betrachtung gibt es für alle Probleme Lösungsmöglichkeiten, die ohne Beeinträchtigung des Prestiges der Beteiligten Platz greifen können. Also besteht nicht der geringste sachliche Anlaß für einen von manchen Leuten befürchteten militärischen Konflikt. Gibt es also Krieg um den Friedensvertrag oder nicht?

Wir sind der Überzeugung: Es kommt zu keinem Krieg, ganz gleich, was die westdeutschen Militaristen an Provokationen und Störversuchen auf die Beine stellen mögen. (Stürmischer Beifall)

Die Hoffnung der westdeutschen Militaristen, daß alle Welt Sehnsucht danach habe, für sie zu sterben, ist irrig. Diesmal sind die Völker am Zug, die Völker auch der Westmächte, die ein Recht darauf haben zu verlangen, daß nie wieder vom deutschen Militarismus eine Gefahr für den Frieden entstehen kann. Einige westliche Politiker sollten sich auch davor hüten, mit dem Krieg leichtfertigerweise als Propaganda- und Druckmittel im Nervenkrieg zu operieren. Die Sache ist zu ernst dazu. Es wird ein Friedensvertrag abgeschlossen werden entweder mit beiden deutschen Staaten oder – wenn die Westmächte nicht mitmachen – allein mit der Deutschen Demokratischen Republik. Dadurch wird auch der Status von Westberlin neu geregelt. (Beifall)

Nach dem Abschluß dieses Friedensvertrages werden sich alle Staaten daran gewöhnen müssen, daß es notwendig ist, Dinge, die das Territorium oder souveräne Rechte der DDR betreffen, in normalen friedlichen Verhandlungen zu klären. All das wird sich friedlich entwickeln. Wir werden uns verständigen, und der Frieden wird nicht nur gewahrt, sondern gefestigt werden.

Das deutsche Volk kann nur im Frieden gedeihen, es kann nur im Frieden leben und arbeiten. Der Frieden in Deutschland und für Deutschland aber ist erst dann gesichert, wenn Militarismus und Revanchismus überall im Lande überwunden, ein für allemal aus Deutschland verschwunden sind. Davon hängt die Zukunft des deutschen Volkes, davon hängen Leben und Glück unserer Kinder ab. Ohne Überwindung des Militarismus und des Revanchegeistes in Westdeutschland gibt es auch keine Möglichkeit zu einer Wiedervereinigung. Das ist die eiserne Logik der deutschen Geschichte. Sie kann heute jeder erkennen, der unsere historische Situation real einschätzt.

Die stärkste Bastion des Friedens in Deutschland, das ist unsere Deutsche Demokratische Republik. Hier ist in dem letzten Jahrzehnt die Kraft herangewachsen, die den deutschen Patrioten und

Freunden des Friedens in der westdeutschen Bundesrepublik den Rücken stärkt, ihnen in ihrem schweren Ringen gegen Militarismus und Revanchegeist entscheidende Unterstützung gewährt im Interesse der großen gemeinsamen nationalen Aufgabe: **Sicherung der friedlichen Zukunft Deutschlands durch Bändigung der Kräfte des Krieges.**

Die Deutsche Demokratische Republik gibt Hoffnung und Zuversicht allen Freunden des Friedens auch in der westdeutschen Bundesrepublik. Deshalb ist es von so unerhört großer Bedeutung, daß die Deutsche Demokratische Republik ihre wirtschaftlichen Aufgaben in Ehren erfüllt, daß ihre Wissenschaften und Künste blühen und Ansehen in der Welt erringen, daß wir auf wissenschaftlich-technischem Gebiet mit an der Spitze der Welt stehen. Dazu gehört, daß auch unsere Arbeit ständig verbessert wird, daß Planung und Organisation gut arbeiten.

In dem Maße, wie wir diese wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, technischen und organisatorischen Aufgaben erfüllen und die Überlegenheit unseres Gesellschaftssystems in unserer täglichen Arbeit und in ihren Resultaten nachweisen, stärken wir die DDR als Bastion des Friedens, leisten damit den entscheidenden Beitrag zur Sicherung des Friedens in Deutschland und sorgen gleichzeitig dafür, daß der Tag näherrückt, an dem die Spaltung unseres Landes überwunden werden kann.

Unser deutscher Friedensplan wird die friedliebenden Menschen in Westdeutschland in ihrem Kampf ermutigen, ihnen das gemeinsame Ziel deutlicher weisen. Es wäre an der Zeit – so meine ich –, daß die friedliebenden Kräfte in Westdeutschland die Sache des Friedens jetzt fest in ihre Hand nehmen und gemeinsam mit uns die friedliche Zukunft Deutschlands sichern. (Zustimmung)

Es ist nun einmal so, daß im 20. Jahrhundert der Sozialismus die stärkste Friedenskraft ist. Der Sozialismus – das müssen selbst seine erbittertsten Gegner zugeben – gedeiht im Frieden und ist selbst der Frieden mit letzter Konsequenz.

Ich möchte es ganz offen sagen: Nur diejenigen Freunde des Friedens in Westdeutschland, die eine normale Einstellung und normale Beziehungen zum ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaat, zum ersten deutschen Friedensstaat, zur Deutschen Demokratischen Republik, haben, können mit Recht von sich sagen, daß sie konsequent für die Sicherung des Friedens in Deutschland eintreten. (Beifall)

Das bedeutet natürlich nicht, daß die Bürger Westdeutschlands, mit denen wir uns eins wissen in dem leidenschaftlichen Bestreben, den Militarismus zu überwinden und den Frieden und damit die Zukunft des deutschen Volkes zu sichern, etwa alle Einzelheiten der antifaschistisch-demokratischen und auch der sozialistischen Revolution in der Deutschen Demokratischen Republik bejahen müßten. Es ist doch ganz verständlich: Vom Gesichtspunkt eines westdeutschen Friedensfreundes mag manches anders aussehen als von unserer Sicht. Er sieht manches einseitig.

Niemand verlangt, daß im Zuge der Überwindung des Militarismus und des Revanchegeistes in Westdeutschland und der Umwandlung der westdeutschen Bundesrepublik in einen friedliebenden und demokratischen Staat alles kopiert werden sollte, was in der Deutschen Demokratischen Republik zu tun notwendig war. Die Arbeiter Westdeutschlands, die Bauern, die Wissenschaftler, die Angehörigen des Mittelstandes, alle friedliebenden Kräfte werden den eigenen Kopf anstrengen, um herauszufinden, wie in Westdeutschland am besten und mit dem größten Nutzen für das Volk und für den Frieden die friedliche und demokratische Umgestaltung durchgeführt werden kann.

Ich bin der Überzeugung: Unser deutscher Friedensplan wird den Freunden des Friedens in Westdeutschland helfen. Er wird sie ermutigen, ihnen Anregungen geben für ihren Kampf, den niemand ihnen abnehmen kann. Dieser unser deutscher Friedensplan kann mit gutem Gewissen von jedem westdeutschen Bürger, der den Frieden schätzt, unterzeichnet werden.

Die Geschichte – werte Abgeordnete der Volkskammer, liebe Freunde! – geht ihren Gang. Die Welt verändert sich von Jahr zu Jahr. Die Kräfte des Friedens wachsen. Und auch unser Weg führt nach vorn in eine helle und friedliche Zukunft. Einen Weg nach rückwärts gibt es bei uns nicht. Es gilt, auch in Westdeutschland den Weg in die helle und friedliche Zukunft zu öffnen und damit zugleich den Weg frei zu machen, der zu einem dauerhaften Frieden und zur Einheit der Nation führt.

Der einzige rechtmäßige Vertreter der deutschen Nation ist die Deutsche Demokratische Republik. Ihre Volkskammer wird im Bewußtsein ihrer großen Verantwortung den Friedensplan des deutschen Volkes beschließen, dessen Erfüllung Sache aller Deutschen in Ost und West ist. **(Stürmischer, lang anhaltender Beifall, die Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen.)**

0,30 DM